

Sozialistische Arbeiter Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Verlag
Anstalt

A 1

Waltershausen — ein Signal

Kapitalistischer Bankrott — Abbau und Blaue Bohnen statt Brot —
Arbeiter aller Richtungen mit Mittelständlern in Einheitsfront

Die Schüsse von Waltershausen in Thüringen, wo den hungernden Arbeitslosen auf ihren Protest blaue Bohnen statt Brot verabreicht wurden, haben ein lebhaftes Echo in ganz Deutschland gefunden. Die Millionen von Arbeitslosen im ganzen Reich, wie auch die gesamte Bevölkerung weiß, daß das, was in Waltershausen geschah, jeden Tag in jeder anderen Stadt passieren kann und muß. Die Atmosphäre ist übervoll zum Zerreißen geladen.

Millionen, seit Jahr und Tag keine Arbeit; Hunger, Not und Elend, keine Aussicht, je wieder Arbeit zu bekommen! Die herrschende Klasse und kapitalistische Regierung weiß auf alle Proteste und Forderungen der zur höchsten Verzweiflung getriebenen Massen nur eine Antwort: Abbau, nochmals Abbau der Unterstützungen und — blaue Bohnen „Gummiknüppel und härtere Waffen“, wie Herr Severing sich ausdrückt.

Herr Brüning rühmt „sein System“ im Reichstag mit der provozierenden „Feststellung“, daß wir „ohne ernsthafte Unruhen durch den Winter gekommen sind“. Viele Tausende haben leider zum Gasschlauch und Strick gegriffen, statt sich in die Kampffront gegen den Würger Kapitalismus einzureihen. So meldet die gestrige Abendpresse:

In Spandau: Selbstmord einer ganzen Familie wegen Arbeitslosigkeit

„Wieder hat die Wirtschaftsnot eine furchtbare Familientragödie gezeitigt. Heute morgen gegen 9 Uhr wurde im Hause Pichelsdorfer Straße 71a zu Spandau der 33jährige kaufmännische Angestellte Kurt Müller, eine 33 Jahre alte Ehefrau, sowie das zehnjährige Söhnchen des Ehepaars mit Gas vergiftet tot aufgefunden.“

So sieht die „Ruhe“ in Deutschland aus! Und jetzt, nachdem in Waltershausen und anderen Orten sich die Anzeichen mehren, daß die Masse zum entschlossenen Kampf greift, daß sich wie in Waltershausen die

Einheitsfront der Arbeiter aller politischen Richtungen formiert,

daß Betriebsbelegschaften in Proteststreik gegen den Polizeiterror treten und daß in Waltershausen selbst die ganze kleinbürgerliche Geschäftswelt sich mit den kämpfenden Erwerbslosen solidarisiert, jetzt antwortet auch die Regierung Braun-Severing auf die „Gefahr“. Ihre Antwort sieht so aus:

Alle Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel verboten

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, ist in der „Preußischen Gesetzsammlung“ Nr. 28 (S. 191) eine Anordnung des Ministers des Innern veröffentlicht, wodurch seine Anordnung über Ausnahmen von dem Verbot von Versammlungen und Umzügen unter freiem Himmel vom 13. April d. J. aufgehoben wird. Von dem Inkrafttreten dieser Anordnung an gelten für Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel ausschließlich die Vorschriften der Anordnung vom 31. Oktober 1931 und des Runderlasses

vom gleichen Tage, d. h. es sind auf Grund des Art. 123, Abs. 2, der Reichsverfassung Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel wegen unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit im Freistaat Preußen bis auf weiteres verboten. Für völlig unpolitische Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel können die Regierungspräsidenten, in Berlin der Polizeipräsident, auf mindestens drei Tage vorher gestellte schriftliche Anträge Ausnahmen zulassen.

Die Arbeitslosen sollen hungern und sich still im Winkel verkriechen, den Strick nehmen, aber auf die Straße gehen, seinen Protest offen hinaustragen, zusammen mit seinen Klassengenossen in geschlossener Front kämpfen, das verbietet der sozialdemokratische Minister genau so wie der nationalsozialistische. Zur Ablenkung und zum Trost für die Arbeitslosen kommt dann — kein Pfennig Unterstützung, sondern:

Einberufung des Thüringischen Landtages

Weimar, den 23. Mai 1932.

Die sozialdemokratische Fraktion des Thüringischen Landtages hat wegen der Vorfälle in Waltershausen den Antrag beim Landtagspräsidentium auf sofortige Einberufung des Landtages gestellt.

Auch die Nationalsozialistische Partei hat Einberufungsantrag gestellt. Nach der Verfassung muß der Landtag früher einberufen werden, wenn mindestens ein Drittel der gesetzlichen Abgeordnetenzahl dies verlangt. Da die Sozialdemokraten bereits allein 18 Vertreter im Landtag haben, ist die vorzeitige Einberufung des Landesparlamentes sicher.

Alle diese Parlamentsreden werden nichts nützen, solange nicht die ganze Arbeiterklasse in geschlossener Massenaktion auf den Plan tritt. Vorläufig ist das leider nicht so weit, so daß noch weitere Verschlechterungen der Lage der Erwerbslosen, ja die

Einstellung jeglicher Unterstützung angekündigt

werden kann, wie das in folgendem Telegramm der Tagung deutscher Landgemeinden an den werden können, wie das in folgendem Telegramm der Tagung deutscher Landgemeinden an den Reichskanzler zum Ausdruck kommt:

„Bei zahlreichen deutschen Landgemeinden, die mitten im finanziellen Zusammenbruch stehen, ist mangels Mittel die Gefahr akut, die Arbeitslosen nicht weiter unterstützen zu können. Der in Weimar versammelte Gesamtvorstand des Deutschen Landgemeindetages fordert dringend und nachdrücklich sofortige wirksame Reichshilfe und durchgreifende Reform der gesamten Arbeitslosenunterstützung. Soweit augenblickliche Kabinettsberatungen bekannt geworden sind, werden geplante Aenderungen für unzumutbar und unzureichend gehalten. Die Gemeinden, deren Kräfte und Mittel erschöpft sind, müssen die Verantwortung für die Weiterentwicklung der Dinge ablehnen.“

Das kann nur zu noch größeren Verzweiflungsaktionen der Masse führen. Das zeigt schon die nachstehende, offenbar tendenziös gegen die Arbeiter gerichtete Meldung:

Sturm aufs Arbeitsamt

TU. Hamburg, den 23. Mai 1932.

Am Montag vormittag versuchten demonstrierende Kommunisten, geschlossen in das Arbeitsamt Kohlhöfen einzudringen. Polizeibeamte, die dies verhinderten, wurden angegriffen. Ein Polizeibeamter gab einen Schuß ab, durch den ein 28jähriger Seemann eine Bauchverletzung erlitt, so daß er ins Krankenhaus geschafft werden mußte. Fünf Arbeiter wurden festgenommen.

Die Geduld ist zu Ende. Die Arbeiter können nicht mehr ruhig bleiben. Geschlossener Kampf der ganzen Klasse ist der einzige Ausweg.

Schreckensurteil

TU. Gotha, 23. Mai 1932.

Das 2. Schöffengericht in Gotha verurteilte am Montag im Schnellgerichtsverfahren acht Arbeiter, die an den Erwerbslosenunruhen in Waltershausen teilgenommen haben:

Den Angeklagten Willi Hering zu 3 Monaten Gefängnis wegen Aufforderung zur Veranstaltung eines verbotenen Demonstrationzuges, die Arbeiter Oskar Seidel, Richard Dresselmann und Albin Creutzburg zu je 8 (!) Monaten Gefängnis wegen „schweren Aufruhrs und Widerstands gegen die Staatsgewalt“, Frau Seyfarth wegen Teilnahme am Aufruhr zu 6 Monaten Karl Gutjahr wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt zu 2 Monaten Gefängnis, Willi Melcher wegen Beamtenebeleidigung zu 2 Wochen Gefängnis und Karl Meinhardt wegen Beamtenebeleidigung und Widerstands gegen die Staatsgewalt zu 2 Monaten Gefängnis. Ein einziger Angeklagter wurde freigesprochen.

Minister auf Abbruch

Der Reichsernährungsminister Schiele ist gegenwärtig der Gegenstand von Rücktrittsgerüchten. Ein Berliner Blatt will sogar wissen, daß der Rücktritt bereits erfolgt sei und daß diese Tatsache vom Kabinett nur verheimlicht werde. Ein anderer Teil der Presse bestreitet die Richtigkeit dieser Meldung, meint aber nur, daß sie den Tatsachen „vorausleile.“

Schiele hat von jeher eine merkwürdige Auffassung von seinem Amte bekundet. Er fühlte sich lediglich als Ernährer der satten Junker und trägt die Hauptverantwortung für die Politik der Volksaushungerung.

Es ist aber charakteristisch, daß er nicht darum „amtsmüde“ geworden ist, sondern daß es ihm versagt geblieben war, trotz seiner Liebesdienste gegenüber dem Landbund sich auch dessen Zufriedenheit zu sichern.

Antwort auf drei Fragen

Von Leo Trotzki

Auf die drei Fragen des „Montag-Morgen“ an eine Anzahl Politiker, hat nun auch Leo Trotzki geantwortet. Die Fragen lauteten: „Glauben Sie, daß die Uebernahme der politischen Macht durch die Nationalsozialisten nahe bevorsteht, halten Sie es nicht für das dringende Gebot der Stunde, daß Sozialdemokraten und Kommunisten, unbeschadet prinzipieller Gegensätze, eine gemeinsame Kampforganisation ins Leben rufen, wären Sie bereit, mit Ihrer Person und Ihrem Namen sich für eine solche Organisation einzusetzen?“

Die Redaktion des „Montag-Morgen“ stellt in der Einleitung der Wiedergabe der Antwort des Genossen Trotzki, der die Umfrage abschließt, fest, daß auch eine Stellungnahme eines führenden KPD-Mitgliedes erfolgt war! Aber — „die Kommunisten haben nicht einmal den Mut zu einer freimütigen Stellungnahme aufgebracht.“ „Eine offene Antwort, die von dem volkstümlichsten und tapfersten Mann der KPD bei uns eintraf, mußten wir am nächsten Tag zurückstellen, weil der Verfasser nachträglich seine Äußerung als „rein privat“ behandelt wissen wollte.“ — Dieser „tapferste und volkstümlichste Mann der KPD“ ist wohl Münzenberg?! Ein Armutszugnis ohne gleichen für die KPD und ihre Führung, daß ein Mitglied des Zentralkomitees nicht wagen darf, mit Namensnennung zu sagen, was er bereit wäre, in einer öffentlichen Diskussion anonym vorzubringen!

Um so wichtiger ist die Äußerung des Genossen Trotzki, die in dieser Frage sehr weitgehend mit den Auffassungen übereinstimmt, wie sie auch die SAP vertritt, und wie sie im Aufruf der SAP für die Bildung eines Arbeiterblockes zum Ausdruck gekommen sind. Wir drucken die Antwort des Genossen Trotzki nach, damit sie der Arbeiteröffentlichkeit zugänglich gemacht wird.

1. Ja, ich glaube, daß, wenn die wichtigsten Organisationen der deutschen Arbeiterklasse ihre gegenwärtige Politik fortsetzen, der Sieg des Faschismus fast automatisch gesichert sein wird, dabei in verhältnismäßig kurzer Zeitspanne. Ob die Zentrumsparthei Hitler als Steigbügel dienen wird oder nicht, ist in Berlin besser zu sehen als hier. Nicht das entscheidet. Ein Block dieser beiden Parteien könnte lediglich eine kurze Episode auf dem Wege zur Zertrümmerung der Zentrumsparthei darstellen, beginnend mit den katholischen Gewerkschaften. Hitlers Verpflichtungen, auf parlamentarischen Boden zu bleiben (übrigens: wo ist er noch?), sind vom gleichem Belang wie die Verpflichtungen, sagen wir, des japanischen Imperialismus, im Kriege keine Giftgase anzuwenden. Solche Verpflichtungen zu fordern, ist lächerlich, ihre Einhaltung zu hoffen — unsäglich dumm. In Wirklichkeit bahnen jene Politiker, die Hitlers Parlamentarismuswechsel diskontieren, der Faschisierung Deutschlands bewußt den Weg. Was dabei dem deutschen Volke und vor allem dem gesamten Proletariat winken würde, brauche ich hier nicht erst zu wiederholen.

2. Ja, ich glaube, daß die Kommuni-

atische Partei der Sozialdemokratischen Partei und der Leitung der Freien Gewerkschaften ein Kampfabkommen gegen den Faschismus vorschlagen muß, von unten bis hinauf zu den Spitzen.

Im Gegensatz zur dekorativen und kraftlosen „Einheitsfront“ müßte die Einheitsfront der Arbeiterklasse gegen den Faschismus ganz konkreten, praktischen, kämpferischen Charakter haben. Ihre Ausgangsposition wäre: Verteidigung aller Errichtungen und Erwerbungen der proletarischen Demokratie und in einem weiteren Sinne: Verteidigung der Kultur vor Barberei. Eine kühne und offene Initiative der Kommunistischen Partei auf diesem Wege würde nicht nur ihre Autorität und außerordentliche Höhe steigern lassen, sondern auch von Grund auf Deutschlands politische Lage verändern. Die Monopolbourgeoisie würde nöglich zu fühlen bekommen, daß mit Hitlers Diktatur spielen mit dem Feuer des Bürgerkrieges spielen heißt, in dem nicht allein papierne Werte zu verbrennen drohen. Unter den zahllosen und formlosen Massen, die Verzweiflung in Hitlers Lager getrieben hat, würde zwangsweise ein Prozeß der Differenzierung und des Zerfalls einsetzen. Das Kräfteverhältnis rasch zu Ungunsten des Faschismus wechseln, noch an der Schwelle des Kampfes. Der Arbeiterklasse und dem deutschen Volke würden sich große Perspektiven erschließen.

3. Selbstverständlich stehe ich nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch voll und ganz auf dem Boden jener Taktik, die ich in mehreren Broschüren, insbesondere der letzten, „Was nun?“, entwickelt habe. Jeder neue Tag bringt nur die Bestätigung, daß ein anderer Weg für die deutsche Arbeiterklasse nicht besteht. Die Frage von Deutschlands Geschick ist die Frage des Geschicks Europas, des Geschicks der Sowjetunion, in bedeutendem Maße das Geschick der ganzen Menschheit für eine große historische Periode. Kein Revolutionär kann umhin, dieser Frage seine Kräfte und sein Geschick unterzuordnen.

Der neuerliche Appell des Genossen Trotzki zur Bildung der Einheitsfront und des Arbeiterblocks trifft in Deutschland ein zu einer Zeit, wo die Fortschritte der Einheitsfront im Schnecken tempo sich vollziehen, während die Gefahr lawinenartig weiterwächst. Auf beiden Seiten im Arbeiterlager, bei der Sozialdemokratie und bei der KPD, handeln die Führungen so, als ob nicht die schleunige Bildung der Einheitsfront, sondern ihre Verhinderung die Rettung wäre.

Wir registrieren nur: Die Braun-Severing-Regierung tritt zurück, aber nicht, ohne letzte traurige Heldentaten in der Stunde des Rücktritts sozusagen: Ein Verbot aller Versammlungen und Kundgebungen unter freiem Himmel in Preußen — als Antwort auf die Schüsse von Waltershausen! Verbot des kommunistischen „Thüringer Volksblattes“, das auf preußischem Gebiet, in Erfurt erscheint, durch die Severing-Bürokratie! Verbot einer von den Kommunisten angekündigten Berliner Massendemonstration gegen die Kriegesgefahr durch den Sozialdemokraten Grzesinski... usw.!

Diese verhängnisvollen Verbote — sie sind nicht die einzigen klassenfeindlichen Maßnahmen der Führung der Sozialdemokratie aus der letzten Zeit — erfolgen just zu dem Zeitpunkt, wo die zweite Internationale den Aufruf zur Verteidigung der Sowjetunion veröffentlicht, der die gemeinsame Abwehrfront der Arbeiter fordert!

Sie erfolgen gleichzeitig mit einer ersten Andeutung im „Vorwärts“, daß der „Zusammenschluß der Arbeitermassen zu einem festen Abwehrblock unter den Fahnen der Demokratie und des Sozialismus... im Zeichen der sozialistischen Aktion“... in kurzer Zeit der einzige Ausweg sein könnte! Wir erwarten von der Führung der Noske-, Zörgiebel- und Hörsing-Partei nicht, daß sie mit solchen Andeutungen ernst zu machen gedenke, von sich aus überhaupt ernstmachen kann! Aber wir erwarten, von den sozialdemokratischen Arbeitern, mit denen um jeden Preis die Einheitsfront hergestellt werden muß, daß sie ihre Organisationen und ihre Führer dazu zwingen, den verhängnisvollen Kurs zu ändern und ihrerseits die einfachsten Voraussetzungen eines Zusammengehens mit den Kommunisten zu schaffen!

Auch die provokatorische Haltung der sozialdemokratischen Führung rechtfertigt auf der anderen Seite nicht, daß die kommunistische Führung den verstockten sektiererischen Unsinn beibehält, der dem Zustandekommen der Einheitsfront nicht weniger schädlich ist, wie die Politik des PV der SPD. Zum Aufruf der II. Internationale sagt die kommunistische „Berlin am Morgen“ ganz richtig, daß es ein Ausdruck des Massendrucks des Weltproletariats auf die Führer der II. Internationale sei, daß die sozialdemokratischen Arbeiter in der Frage der Sowjetunion keinen Spaß verstehen und die SAI deshalb bei aller Völkerbundsfreundlichkeit auf die Interventionsgefahr hinweisen müsse. Für die „Rote Fahne“ dagegen ist der Aufruf ein „Kriegsmanöver der II. Internationale, ein Dokument des Betruges unter

linker Maske.“ Sie nennt den Begleitartikel des „Vorwärts“ zum Aufruf „niederträchtige Hetze gegen die Sowjetunion in der Sprache von Kriegsprovokateuren“.

Hätte die „Fahne“ ausgesprochen, was ist, daß nämlich die sozialdemokratische Presse, die gestern noch in Hetze gegen die Sowjetunion gemacht hat, doch jetzt gezwungen ist, einzulenken, wenn sie auch versucht, diesen Einlenken mit der antibolschewistischen Leier zu beschönigen, so hätte sie das Ohr der sozialdemokratischen Arbeiter gefunden. Aber ihr hysterisches Geschimpfe stärkt auch in dieser Situation wieder nur den Reformismus selbst! Nützlich wäre auf Grund des Aufrufs der II. Internationale ein konkreter Vorschlag, der die sozialdemokratischen und Gewerkschaftsführer beim Wort nimmt!

Zur Entscheidung im Preußenlandtag veröffentlicht der Abg. Koenen, der parlamentarische Routinier der kommunistischen Fraktion, einen langen Aufsatz in der „Fahne“ und ein Interview in der „Welt am Abend“. Das lange Geschwafel kurzer Sinn: Die Kommunisten haben doch vernünftigerweise beschlossen, gegen die Aenderung der Geschäftsordnung zu stimmen... Aber ein Schritt vorwärts, erfordert bei Koenens offenbar zugleich zwei Schritte rückwärts. So produziert sich Koenen in einem Eiertanz von Kraftmeierei und ultralinker Rabulistik, entschuldigt förmlich den richtigen Entschluß der kommunistischen Fraktion, und erzählt den Arbeitern, die Kommunisten hätten in der Regierungsfrage nur das eine Interesse, „bestehende Meinungsverschiedenheiten zu verschärfen, Komplikationen zu vermehren“. Das ist Gymnastik, aber keine revolutionäre Politik! Damit kann das Ansehen der revolutionären Bewegung nicht gefördert werden, nur diskreditiert. Nötig wäre dagegen, daß die Kommunisten aufzeigen, welche Komplikationen es durch die Kapitalistenherrschaft gibt, wie unmöglich bereits jede parlamentarische Regierungsbildung, und wie drohend daher die Gefahr des Faschismus geworden ist, wie es nur einen Ausweg zur Rettung der Arbeiterklasse gibt, den Ausweg, auf den auch wieder Genosse Trotzki hinweist und zu dem immer mehr klassenbewußte und revolutionäre Arbeiter in Deutschland sich bekennen: den Verteidigungsblock der Arbeiter aller Richtungen, der einen neuen Vormarsch im Kampfe um den Sozialismus einleitet!

Es ist Zeit, daß kommunistische und sozialdemokratische Arbeiter gemeinsam aufstehen, gegen wahre Sabotage dieses Rettungsweges durch die Parteibürokratie.

Der Beschluß der 2. Internationale

Der Beschluß der zweiten Internationale.

Wie die „Wiener Arbeiter-Zeitung“ zu dem in der SAZ bereits mitgeteilten Beschluß zu dem Kriegsgeschehen im Fernen Osten ergänzend berichtet, ist dieser von der Exekutive bei drei Stimmhaltungen angenommen worden, von denen die eine auf Otto Bauer (Oesterreich), und eine andere auf Robert Grimm (Schweiz) entfällt. Nach der WAZ hat Otto Bauer zu der vorgelegten Resolution erklärt, er sei zwar mit den Forderungen der Resolution einverstanden,

glaube aber, daß sie im jetzigen Augenblick nicht genügen.

Die Ereignisse der letzten Monate hätten ausreichend erwiesen, daß die im Völkerbund versammelten Regierungen weder imstande noch willens seien, dem japanischen Imperialismus in den Arm zu fallen. Es heiße nur Illusionen erwecken, wenn man neuerlich solche Forderungen mit Berufung auf den Völkerbundpakt an den Völkerbund stelle. Vielmehr müßte die Internationale im gegenwärtigen Augenblick einen eindringlichen Appell an die Arbeiterklasse der Welt richten,

sie solle, unbeschadet aller prinzipiellen Gegensätze, die zwischen dem demokratischen Sozialismus und dem Bolschewismus bestehen, kein Opfer scheuen und alle Mittel anwenden, um die Verteidigung der Sowjetunion gegen den japanischen Imperialismus zu unterstützen, wenn dieser die Sowjetunion mit Krieg überfallen sollte,

und um jede andere Macht, die den russisch-japanischen Konflikt zum Angriff auf die Sowjetunion benutzen wollte, mit allen Mitteln zu bekämpfen.

Da Bauers Vorschlag, ein Manifest in diesem Sinn an die Arbeiterklasse der Welt zu richten, von der Mehrheit der Kommission abgelehnt worden sei, werde er sich der Stimme enthalten. Dieser Erklärung schloß sich Grimm (Schweiz) an.

Curtius bei Krestinski. Der stellvertretende Außenkommissar der Sowjetunion, Krestinski, empfing den früheren Reichsaußenminister Dr. Curtius und hatte mit ihm eine längere Unterredung.

Der Streik in Griechenland wächst zu einem politisch-revolutionären Machtkampf aus

TU. Athen, 23. Mai

Die Streiklage in Griechenland hat sich weiter verschärft. Auch die Eisenbahner Mazedoniens sind in den Streik getreten. Der Simplon-Express blieb an der griechisch-serbischen Grenze liegen. Das Personal hat alle Züge auf offener Strecke verlassen. Die Behörden versuchen mit Hilfe des Militärs, die Züge wieder in Fahrt zu setzen.

Die Straßenbahner in Saloniki und die Tabakarbeiter in Volo haben sich gleichfalls dem Streik angeschlossen. Wenn auch bereits Gerüchte über ein bevorstehendes Eingreifen des früheren Diktators Pangalos in Umlauf sind, so sichern doch die vorbeugenden Maßnahmen der Regierung bisher in ganz Griechenland die Ruhe.

Rücktritt der Regierung

TU. Athen, 23. Mai 1932

Ministerpräsident Venizelos kündigte am Sonnabend in der Kammer den Rücktritt der Regierung an. Er empfahl, aus der demokratischen Opposition eine neue Regierung zu bilden, um Unruhen vorzubeugen, die für den Fall der Uebernahme der Regierung durch die Partei der Monarchisten nach seiner Auffassung sicher entstehen würden.

Im Verlaufe seiner Kammerrede verteidigte Venizelos unter Berufung auf den Artikel 48 der deutschen Reichsverfassung (!!) die von ihm geplante Einschränkung der Pressefreiheit bei Sonderfahrten.

Nach der Kammer Sitzung fuhr Venizelos zum Staatspräsidenten Zaimis, um das Rücktrittsgesuch zu unterbreiten. Die abdankende Regierung ist entschlossen, den Kampf gegen die streikenden Beamten unerbittlich durchzuführen. Im übrigen ist der Beamtenstreik noch im vollen Gange. Auch die Bäcker und Eisenbahner sind streiklustig, so daß eine weitere Streikausdehnung möglich ist. Die Gesamtlage muß als recht kritisch angesehen werden.

Es ist kein Zufall, daß gerade in Griechenland jetzt wirtschaftliche Streiks so scharfe politische Formen annehmen. Griechenland war von jeher ein Staat, der vom Entente-Kapital, besonders von Frankreich, ausgehalten wurde. Wenn jetzt die Weltkrise auch den westeuropäischen Kapitalismus zwingt, seine Vasallenstaaten auf schmale Kost zu setzen, dann wird die Lage für den griechischen Kapitalismus höchst kritisch. Jeder ernsthafte wirtschaftliche Konflikt mit dem Proletariat muß unter diesen Umständen sehr rasch in eine politische Krise umschlagen. Demgegenüber sind „Beruhigungs“-Phrasen der schon zum Rücktritt gezwungenen Regierung dumme Kraftmeiereien. Daß sie sich bei ihren Unterdrückungsmaßnahmen ausgebreitet auf den Artikel 48 der Weimarer Verfassung beruft, ist sehr ehrenvoll für die deutschen Republikaner, insbesondere für die SPD.

Es ist nur zu hoffen, daß demgegenüber das griechische Proletariat in seinem heldenhaften Kampf eine revolutionäre Führung hat, die fähig ist, den Riesenstreik zu einem endgültigen wirtschaftlichen und politischen Erfolg zu führen.

Neue Wendung in Japan:

Wie die bürgerlichen Presseagenturen aus Tokio berichten, hat die Kabinettskrise im letzten Augenblick, als schon die Betrauung des Faschistenführers Hiranuma so gut wie feststand, noch eine unerwartete Wendung genommen. Admiral Graf Salto übernimmt jetzt die Kabinettsbildung. Mehrere Minister des zurückgetretenen Kabinetts Inukai, so der Finanzminister Takahashi und der Außenminister Graf Ushita sollen dem neuen Kabinett wieder angehören. Diese Wendung wurde durch den heftigen Widerstand herbeigeführt, der sich auf der Zusammenkunft der konservativen Regierungspartei, der Sejukai-Partei, gegen die vollkommene Kapitulation vor den Faschisten bemerkbar machte. Auf dieser Konferenz wurde ein Verfassungsverteidigungsblock mit der Minseito-Partei, der parlamentarischen Opposition der Sejukai angelegt, um gegen die Umsturzversuche der Armee und der Faschisten gemeinsam vorzugehen. Da das Kabinett vielleicht nicht die Zustimmung des Parlaments finden wird, wird von der etwaigen Auflösung des Parlaments gesprochen.

Die Berufung des Admirals Salto ist eine Art Kompromiß zwischen den fa-

schistischen Armeeforderungen und den parlamentarischen Parteien. Die Regierung soll außerordentliche Vollmachten bekommen, und mit aller Gewalt um die freie Hand im Fernen Osten außenpolitisch kämpfen. Der bisherige Kriegsgouverneur Araki wird zur Wiederwahl vorgeschlagen. Das neue Kabinett ist daher ein ausgesprochenes Militärkabinett. Es ist eine Vertretung der Spitzen der Armee und der konservativen Granden. Die jüngeren Offizierskreise, die hinter der Organisation des „Schwarzen Drachen“ stehen, bringen dieser Lösung wenig Sympathien entgegen. In Tokio sind daher auch verstärkte Polizeimaßnahmen getroffen.

Mit entscheidend für die Kompromißlösung war die Isolierung Japans, in die es auf dem bisherigen Kurs und nach dem Offiziersaufstand geraten ist.

Die Uebernahme der Macht durch den Faschismus scheint vorläufig vermieden. Aber auch das Militärkabinett wird energisch die bisherige Abenteuerpolitik fortführen. Die Kriegsgefahr bleibt bestehen.

Kabinett mit Faschisten in Oesterreich

Nach langen Geburtswehen ist in Oesterreich eine neue Regierung zustande gekommen.

Die Ministerliste ist folgende: Aeußeres und Landwirtschaft: Dr. Engelbert Dollfuß (Christl.-Soz.), Vizekanzler: Ingenieur Winkler (Landbund). Finanzen: Dr. Emanuel Weidenhofer (Christl.-Soz.) Handel: Dr. Guido Jakonciz, Vertrauensmann des Heimatblockes (kein Parlamentarier). Unterricht: Landeshauptmann Dr. Rinteln, Justiz: Dr. Schuschnig (beide Christl.-Soz.), Sozialverwaltung: Resch (Christl.-Soz.), Heer: Vaugoin, Inneres: Bachinger (Landbund), Sicherheit: Hermann Ach (Beamter, kein Parlamentarier).

Der faschistische Einschlag dieses Kabinetts ist in die Augen fallend. Abgesehen von Dollfuß, der wegen seiner starken Sympathien zu den österreichischen Faschisten bekannt ist, gilt Jakonciz als ein Vertrauensmann des Heimatblockes. Auch Dr. Rinteln, der steirische Landeshauptmann, ist trotz seiner Zugehörigkeit zur christlich-sozialen Partei auf besonderen Wunsch des Heimatblockes in das Ministerium eingetreten. Die Besetzung des Sicherheitsministeriums mit einem Beamten ist ebenfalls auf eine Vereinbarung mit dem Heimatblock zurückzuführen, der wünschte, daß dieses Ministerium „neutralisiert“ würde.

Das Zentralorgan der österreichischen Sozialdemokratie, die „Wiener Arbeiter-Zeitung“, kündigt der neuen Regierung schärfsten Kampf an. Das Blatt bezeichnet das Kabinett als eine „Schande für die Republik“ und als Herausforderung der Arbeiterschaft. Zum Schluß wird erklärt, die neue Regierung werde „nicht mehr als ein kurzes Zwischenspiel sein“.

Diese letztere Behauptung mag zutreffen, aber nur in dem Sinne, daß das neue Kabinett als Uebergang zu einem Kabinett mit noch stärkerer faschistischer Couleure und damit als bewußter Schrittmacher des Faschismus fungieren dürfte, es sei denn, daß die österreichische Arbeiterschaft dieses Kabinett auch außerparlamentarisch bekämpft und hierzu sofort die Vorbereitungen trifft. Denn daß dieses Dollfuß-Kabinett gewillt und entschlossen ist, sich wenig um die demokratisch-parlamentarischen „Spielregeln“ zu kümmern, das ergibt sich nicht nur aus der großen Machtstellung, die dem Heimatblock in dem Kabinett eingeräumt wird, obwohl diese nur über acht Mandate verfügt, während es niemand einfiel, mit der Sozialdemokratie als der größten Fraktion auch nur zu verhandeln, sondern das zeigt mehr noch als alles andere die Tatsache, daß die neue Regierung im Parlament nur über eine winzige Stimmenmehrheit verfügt.

Jüstav macht Karriere

Nachstehende Skizze entnehmen wir der Nummer 8 des Organs der Trotzki-Opp. „Der Kommunist“. So belustigend die Schilderung wirkt, so haben wir deshalb wenig Anlaß, darüber zu lachen, weil — sie wahr ist; von Anfang bis Ende wirklichen Tatsachen entspricht und daher ein trauriges Kapitel der deutschen Arbeiterbewegung aufzeigt. Red. der SAZ.

Jüstav ist von Beruf Bauarbeiter. Wie die meisten Arbeiter traf ihn das Los der Arbeitslosigkeit. 90 Prozent der Bauarbeiter tragen dieses Schicksal und sie tragen es nicht geduldig. Aus ihrer Mitte klingt stärker und drohender als von den meisten Arbeiterbranchen der Ruf nach Arbeit, sie sind durch ihr furchtbares Elend und ihre Not nicht gebrochen, sie ziehen sich nicht hinter den Ofen zurück und murren, nein, gerade die Bauarbeiter sind es, die trotziger als viele andere sich dem Kapital entgegenstellen und in denen der Faschismus einem seiner erbittertesten Gegner innerhalb der Arbeiterschaft begegnet. Der Ruf nach der einheitlichen Kampffront gegen den Faschismus findet unter den Bauarbeitern stärksten Widerhall.

Jüstav wurde, wie gesagt, arbeitslos. Jüstav begann über sein bedauernswertes Los nachzudenken. Aber Jüstav kam nicht zu dem Ergebnis, wie tausende seiner Klassengenossen, er setzte nicht alle seine Kräfte ein, damit die Arbeiterklasse sich im Kampfe gegen den Faschismus zusammenschließt — Jüstav ging einen anderen Weg.

Es war im November. Jüstav blätterte langsam in der „Roten Fahne“. Sie zu lesen fehlte ihm die Geduld; er verstand von Politik nicht viel und dem Kommunismus stand er wohl mit Sympathie, aber mit einer noch größeren Unwissenheit gegenüber. Da fiel sein Blick auf einen Artikel Stalins. Jüstav stutzte. Stalin schreibt nicht alle Tage! Und er begann aufmerksam zu lesen.

Dieser Artikel wurde Jüstav zum Verhängnis. Er las ihn einmal, er las ihn zweimal. Er las, daß Rosa Luxemburg eine Zentristin gewesen war, daß ein gewisser Slutski über Dinge schreibe, über die nicht geschrieben werden dürfe, weil sie „Axiome“ sind, er las einmal, zweimal, dreimal, bis es in seinem Kopf nur so schwirrte: „Axiome“, „fauler Liberalismus“, „konterrevolutionärer Vortrupp der Bourgeoisie“, „Sozialfaschismus“. Als es bereits vor seinen Augen flimmerte, nahm er ein Blatt Papier und schrieb darauf:

Axiom — da gibt's nichts mehr zu meckern. Sozialfaschist — jeder, der eine andere Meinung als Stalin hat.

Fauler Liberalismus — wer eine andere Meinung als die Stalins nicht bekämpft.

Vortrupp der Bourgeoisie — linke Oppositionellen in der Komintern.

Aufgeregt ging Jüstav auf und ab und wiederholte: „Axiom“, „fauler Liberalismus“, „Sozialfaschismus“.

Wenige Tage später war Zahlabend der Gewerkschaft Jüstavs. Es war eine revolutionäre Gewerkschaft, und der Bezirk, in dem Jüstav wohnte, war der proletarischste und revolutionärste der Stadt, und die Stadt, das war jene, wo es die meisten revolutionären Arbeiter gibt — außerhalb Rußlands. Ein Arbeiter trat auf Jüstav zu: „Mensch, kiek dir man det Ding an!“ und wütend schwenkte er die „R.F.“ mit jenem berühmten Artikel Stalins. „Rosa, 'ne Zentristin? Mensch, det globt doch keen Aas!“

Jüstav war wie elektrisiert. Seine Nase wurde spitz, seine Stirn faltete sich, sein Gesicht nahm den Ausdruck einer Ratte an,

als er mit scharfer Stimme antwortete: „Du irrst dir, Genosse, Rosa Luxemburg war eine Zentristin. Das ist ein Axiom. Wer daran zweifelt, ist ein Verbündeter des Sozialfaschismus. Bist du vielleicht für den faulen Liberalismus gegenüber dem konterrevolutionären Vortrupp der Bourgeoisie?“

Der also Angeredete prallte entgeistert zurück; er war wie vor den Kopf geschlagen. Was ist denn nu über den Jüstav gekommen, det Anspricht wie 'n Buch?

Seit dieser Zeit konnte man hören: Jüstav, der hat wat weg. Det is 'n jeborner Politiker!

Und Jüstav machte Politik. Er sammelte sich einen Anhang. Er wollte die ganze Welt vereinigen — nur mit einer Ausnahme: Seine eigene, revolutionäre Gewerkschaft. Laut tönte bald durch den Verband die Sage von dem sprachgewaltigen Jüstav, dem Politiker!

Wenige Wochen, nachdem sich dies ereignete, trat unser Jüstav in die KPD ein. Als Mitglied brachte er eine größere Gruppe abgespaltener Bauarbeiter. Und als weitere 8 Wochen ins Land zogen — ahoje, da prante unser Jüstav weit vorne — wo fragt ihr? In seiner Zelle? Im Kampf auf der Straße? — I, wo, weit vorne auf der Liste der KPD zum preußischen Landtag. Und der 24. April, der für unzählige revolutionäre Arbeiter, die seit vielen Jahren unter den Fahnen des Kommunismus kämpften, ein Tag der Niederlage wurde — er war für Jüstav der Tag des Triumphes, er wurde preußischer Landtagsabgeordneter der KPD.

Du schüttelst den Kopf, Genosse Leser? Du sagst ungläubig: Nach ein paar Wochen Parteimitgliedschaft kann man doch nicht Landtagsabgeordneter der KPD werden. Das ist doch unmöglich, das wäre doch ein Verbrechen!

Du zweifelst, Ungläubiger? Nun, Genosse, geh hin nach Berlin, auf den roten Wedding, geh in den Industrieverband der Bauarbeiter und frage sie nach Gustav Kallinke!

Kleines Feuilleton

Gemäldegalerie im Grunewald

Die Verwaltung der preußischen Schlösser und Gärten richtete in dem alten, 1542 errichteten Jardschloß Grunewald bei Berlin eine neue Bildergalerie ein, die aus den Depotbeständen zusammengestellt wurde. Das frei am See gelegene Schloß eignet sich, nach einer Besprechung im Mainfest des „Pantheon“, mit seinen hellen Räumen gut zur Galerie, deren Kern die Reihe der Imperatorenbildnisse bildet, die von Rubens und seinen Zeitgenossen für das Nassauisch-Oranische Haus gemalt wurde und mit der oranischen Erbschaft an Preußen fiel. Die übrige rund 150 Bilder umfassende Sammlung setzt sich im wesentlichen aus holländischen und flämischen Meistern des 17. Jahrhunderts zusammen, mit Ausnahme eines Kabinetts, in dem einige frühere Niederländer Platz gefunden haben.

Reines Benzin direkt aus der Erde

Kürzlich wurde in Kalifornien ein Borloch niedergebracht, bei dem — was noch niemals beobachtet worden ist — reines Benzin aus der Erde schoß und aus dem täglich etwa eine Million Liter Benzin gewonnen werden; daß außerdem mit einem Druck von 70 Atmosphären täglich 3 Millionen Kubikmeter Erdgas diesem Borloch entströmen, aus denen nochmals 300 000 Liter Benzin gewonnen werden können.

Sintflut in England

London, 23. Mai 1932.

Durch ausgedehnte Regenfälle sind einige Gebiete von Derbyshire und Leicestershire in einem Ausmaß überflutet, wie man es seit vielen Jahrzehnten nicht mehr erlebt hat. In der Stadt Derby stand

das Wasser bis 1,75 Meter hoch in den Straßen

der Stadt. Am Sonntag nachmittag brachen die Böschungen des Derwent-Flusses, wodurch der Verkehr auf den Straßen, die Derby mit dem Norden verbinden, unterbunden wurde. Auch Ashby wurde schwer heimgesucht. In den Straßen fuhren Boote, die den Menschen Nahrung brachten. Schwerer Schaden wurde auch in der Grafschaft Werwick angerichtet, wo

auf viele Meilen das Land unter Wasser gesetzt

wurde. In den tiefer gelegenen Landstrichen atleg das Wasser so hoch, daß die Menschen unter den Dächern Zuflucht suchen mußten. Der Schaden, den die riesigen Überschwemmungen in neun mittel- und nordenglischen Grafschaften angerichtet haben, ist ungeheuer

groß und wird auf viele Millionen Mark geschätzt.

An mehreren Orten regnete es 10 Stunden lang ununterbrochen.

Auf der Wasserscheide der Themse sind in der Nacht zum Sonntag allem 39 Millionen Tonnen gefallen. Die Überschwemmungen haben bisher zwei Todesopfer gefordert.

In Derby sind 600 Läden und 1000 Wohnhäuser überflutet.

Die Bewohner mußten sich in die oberen Stockwerke retten. Der Verkehr mußte eingestellt werden. Die Stadt war in der Nacht zum Montag in vollkommene Dunkelheit gehüllt, da die Fluten die Gas- und Elektrizitätsversorgung gestört hatten. Die Telefonverbindungen waren abgeschnitten. Auch in vielen anderen Städten mußte die Elektrizitäts- und Gasversorgung eingestellt werden. Besonders schwer hat die Landwirtschaft gelitten, da

die Ernten teilweise zerstört worden sind. Eine große Zahl von Kühen, Schafen und Hühnern ist in den Fluten umgekommen. Viele Dörfer wurden vollkommen abgeschnitten. Der Eisenbahnverkehr ist an mehreren Stellen unterbrochen, weil die Eisenbahndämme weggewaschen wurden. Die Bevölkerung von Rugby ist ohne Trinkwasser.

Erdbeben in Mittelamerika

Washington, 23. Mai 1932

Nach Meldungen aus Mittelamerika hat sich dort ein heftiges Erdbeben ereignet, dessen Mittelpunkt Salvador war und das auch die umliegende Gegend auf weite Strecken heimgesucht hat. Die Zahl der Verwundeten ist außerordentlich groß, die der Toten noch nicht festgestellt.

Ungarischer Ozeanflieger tödlich verunglückt

Rom, 23. Mai 1932

Der ungarische Ozeanflieger Georges Endres und der Navigator Julius Bittay, die zu einer in Rom stattfindenden internationalen Uebersee-Fliegerschau auf ihrem Uebersee-Flugzeug „Gerechtigkeit für Ungarn“ von Budapest nach Rom geflogen waren, sind beim Landen auf dem römischen Flughafen tödlich verunglückt. Das Flugzeug, das in Gleitflug niedergegangen ist, hat sich überschlagen und ist in Brand geraten. Beide Flieger haben bei diesem Unglück den Tod gefunden. Endres hat den Ozean im Juli 1931 von Harbour-Grace mit einer Zwischenlandung mit dem Ziel Budapest überflogen.

Großfeuer im Hamburger Freihafen

Hamburg, 23. Mai 1932

Am Sonntagnachmittag brach im Hamburger Freihafen in den Räumen der Freihafen-Lagerhausgesellschaft ein Großfeuer aus, das die dort lagernden Zellulosevorräte ergriff. 28 Rohre wurden eingesetzt, um das gefährliche Feuer einzudämmen und ein Uebergreifen auf die übrigen Lagerhäuser und Schuppen zu verhindern. 20 Meter hohe Stichflammen schossen aus dem brennenden Schuppen hervor. Um die Bildung giftiger Gase zu verhindern, ließ man die Vorräte ausbrennen. Die Aufmerksamkeit der Feuer-

wehr erstreckte sich in der Hauptsache darauf, die benachbarte Gegend zu schützen. Man vermutet Brandstiftung.

Zugunfall auf dem Dortmunder Hauptbahnhof

Dortmund, 23. Mai 1932

Die Reichsbahndirektion teilt mit: Am 22. Mai, 7.38 Uhr, kam der Personenzug 1751 (von Wanne nach Dortmund) bei der Einfahrt in das Kopfgleis im Bahnhof Dortmund-Hauptbahnhof nicht rechtzeitig zum Halten und wurde durch die Prellbock-Gleitvorrichtung zum Stehen gebracht. Nachdem sämtliche Fahrgäste den Zug verlassen hatten, meldeten sich 15 Reisende im Stationsbüro als leicht verletzt. Materialschaden ist nicht entstanden. Die Untersuchung über die Schuldfrage wurde sofort eingeleitet.

Das „Vaterland“ hat ihn auf dem Gewissen

Wattenscheid, 23. Mai 1932

Im Stadtteil Günnigfeld ereignete sich am Sonntag eine blutige Familientragödie. Der kriegsbeschädigte und erwerbslose Bergmann Bruno Lemanowitz, der schon seit einiger Zeit Spuren von Geistesgestörtheit zeigte, brachte nach einem heftigen Wortwechsel seiner Frau acht Messerstiche am Kopf bei. Außerdem schnitt er seiner Frau den kleinen Finger der linken Hand fast ganz ab. Darauf schnitt er sich selbst den Hals durch. Die Frau scheint sich heftig gewehrt zu haben, da Lemanowitz eine klaffende Kopfwunde davongetragen hat. Während der Mann seiner Verletzung erlegen ist, wurde Frau Lemanowitz, die noch schwache Lebenszeichen von sich gab, in das Krankenhaus übergeführt.

Vorher Vorsicht, dass die Seele sich macher nicht sorg' und quäle.
Nimm *Fremmsaft* gegen Infektion!



Wir stellen unter Beweis,

daß „Juno“ den vollen Tabakwert enthält.

Das können wir,
weil unserer

JUNO

keine Wertmarken, Gutscheine oder Stickerereien
beigegeben werden.

So handeln wir in Ihrem und unserem Interesse,
und gerade darum stehen

Millionen Raucher treu zu ihrer Juno.



A1 Hamburg

Ueberfall auf unseren Distriktsfunktionär in Harvestehude durch Nazi-Rowdies. Freitagabend gegen 23.45 Uhr wurde unser Genosse Snafeld, der schon über ein Jahrzehnt in der berühmtesten Gegend um den Bundesweg herum, von etwa 12-14 SA-Leuten, die ihm zum Teil bekannt sind, rücksichtslos niedergeschlagen und seiner Aktentasche beraubt. Es gelang der polizeilichen Hilfe, sofort zwei der Banditen festzunehmen. Es liegt hier ein weltlangem geplanter Ueberfall vor. Unser Genosse Snafeld, der schon über ein Jahrzehnt in dieser besonders stark nationalistischen Gegend für die Arbeiterbewegung tätig ist, hat sich den besonderen Haß dieser politischen Rowdies zugezogen. Wiederholt hat man teilweise geklickte, teilweise durch die Vorsicht unserer Genossen verzeihliche Ueberfälle gemacht. Wird die Polizei, der das Treiben der Nazis im Bundesweg hinlänglich bekannt ist, nicht endlich Schritte unternehmen, um geordnete Zustände herbeizuführen, oder ist die Staatsmacht zu schwach, sich gegen diese Horden durchzusetzen?

Kiel

In unserer letzten Mitgliederversammlung sprach Genosse Bredow über den Ausgang der Wahlen, politische Lage und unsere Aufgaben. Die Lehren, die wir aus den vergangenen Wahlen und der politischen Situation gezogen werden müssen, können nur lauten: Verstärkte Aktivität jedes einzelnen. Sämtliche Diskussionsredner waren sich mit dem Referenten in der Beurteilung der innerparteilichen Auseinandersetzung einig. Eine entsprechende Entscheidung fand in der Mitgliederversammlung einstimmige Annahme.

Stettin

Die Apparaturkrankheit. In Nr. 117 der SAZ berichteten wir von dem Antwortschreiben des Deutschen Freidenker-Verbandes auf unser Angebot hin, eine gemeinsame Aktion der Arbeiterklasse gegen das Freidenker-Verbot durchzuführen. Unterschriften war dieses unerhörte Schreiben von Otto Bredow, dem Bezirkssekretär für Pommern des Deutschen Freidenker-Verbandes. Genosse Bredow ist aber nicht nur beim Freidenkerverband Bezirkssekretär, er ist auch Vorsitzender des „Bund der freien Schulgesellschaften“, Ortsgruppe Stettin. Dieser war auch von uns aufgefordert worden, sich an der Aktion zu beteiligen, war aber auch zur Vorbesprechung nicht erschienen, und sendet nun folgenden Brief:

Herrn

Herrmann Müller,

Stettin, Hohenzollernstr. 55.

Vorstand und Funktionäre der Ortsgruppe Stettin des „Bundes der freien Schulgesellschaften“ nahmen in einer Sitzung am Mittwoch, dem 18. Mai, zu dem Schreiben vom 7. Mai Stellung. Der Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung wurde gegen 2 Stimmen angenommen.

Bund der freien Schulgesellschaften
Ortsgruppe Stettin.

I. A.: 1. Vorsitzender: gez. Otto Bredow. Genosse Otto Bredow geht zur Tagesordnung über. Wir aber nicht über den Genossen Bredow. Er ist ein zu gutes Beispiel für die Apparaturkrankheit — und bei ihm besonders tragisch, denn er gehört zu jenen, die sich über diese Krankheit früher immer sehr klar waren — und darüber als oppositionelle SPD-Genossen gemeinsam mit uns einig zu sagen wußten. Er scheint sich mehr und mehr dem Sekretär der SPD annähern zu wollen, der früher auf dem linken Flügel der SPD stand, Mitglied der marxistischen Bücher-Gemeinde war, und mit dem Tage, als er Sekretär der SPD wurde, kurz vor der Spaltung, sich umzudrehen begann. Ihm hat das zweite Buch der roten Bücher damals sehr gut gefallen, und heute ist er einer der übelsten Hetzer und Pöbler gegen die SAP. Aber selbst, als sich bei diesem Genossen der Stimmungsumschwung bemerkbar machte, da beurteilte Genosse Bredow die Apparaturkrankheit immer noch durchaus richtig, und darum ist es umso bedauerlicher, in was für einen Ton, in was für eine unsachliche Einstellung er jetzt gegen uns verfallen ist. Es wäre sicherlich besser, Genosse Bredow würde mehr Mut zum Kampf in den Organisationen aufbringen, in denen er sitzt, um wirklich die marxistische Einheitsfront zu schmieden, von der der private Genosse Bredow so überzeugt ist. Wir wünschen gute Besserung. Dem Deutschen Freidenker-Verband und dem Bund der freien Schulgesellschaften aber können wir mitteilen, daß wir sie einladen zu der öffentlichen Protestkundgebung des „Kar-teils gegen Faschismus und Kulturreaktion“, in der drei Redner sprechen werden, und zwar Oesterreich (Föd. der Anarchisten), Brandier (KPO) und Gen. August Siemsen, wenn wir nicht irren, Mitglied des Deutschen Freidenker-Verbandes. Diese Kundgebung findet in Groß-Stettin am 6. Juni, 19.30 Uhr, statt.

Bünde

Öffentliche Versammlung. Genossin Maria Dauer-Herne sprach über das Thema: „Weltwirtschaftskrise, Faschismus und die Aufgabe der Arbeiterklasse“. In ihren Ausführungen schilderte sie eingehend die wirtschaftliche Situation des Kapitalismus und die Tendenzen der Entwicklung zum Faschismus, daraus leite die Arbeiterklasse die Gegenwartsaufgaben ab. In der Diskussion sprach zunächst ein Vertreter der SPD, der seine Übereinstimmung mit dem Referat, mit Ausnahme der Präsidentenwahlfrage zum Ausdruck brachte. Der KPD-Redner stellte fest, daß Genossin Dauer durchaus revolutionäre Gedankengänge entwickelt habe, glaube aber, darin ein Scheinmanöver

Der Sterilisationsprozeß

Der große Sterilisationsprozeß begann vor der Strafkammer des Offenburger Landgerichts; er wird unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt. Vertreter der Presse sind zugelassen.

Es haben sich zu verantworten der frühere Bezirksarzt und Leiter des Krankenhauses in Kehl, Dr. Merk, Frau Dr. Bauer-Haß in Lautsheim und Dr. Weber in Kehl, und zwar Dr. Merk wegen vorätzlicher Körperverletzung mit der gewollten Folge der Unfruchtbarmachung der Verletzten in 41 Fällen, daneben wegen Abtreibung in 24 Fällen, Frau Dr. Bauer-Haß wegen Beihilfe in 23 Fällen des ersten Delikts und in 16 Fällen des zweiten, sowie wegen Abtreibung in einem Falle, Dr. Weber wegen Beihilfe zur Unfruchtbarmachung in 10 Fällen und in 4 Fällen der Abtreibung. §§ 223, 224, 225, 218 Abs. 2, 49, 74 RStGB.

Die §§ 223—225 des RStGB betreffen die Körperverletzung. Im § 224 ist u. a. bestimmt: „Hat die Körperverletzung zur Folge, daß der Verletzte ein wichtiges Glied des Körpers... oder die Zeugungsfähigkeit... verliert... so ist auf Zuchthaus bis zu 5 Jahren oder Gefängnis nicht unter einem Jahre zu erkennen.“ Der § 225 besagt: „Wer eine der vorbezeichneten Folgen beabsichtigt und eingetreten, so ist auf Zuchthaus von 2—10 Jahren zu erkennen.“ Die Strafen für das Delikt der Unfruchtbarmachung sind also sehr schwer, und insbesondere dann, wenn die Folge gewollt und beabsichtigt ist.

Spezifische Reichsgerichtsentscheidungen liegen zu diesen Delikten nicht vor. Die in Offenburg zur Verhandlung stehenden 41 Fälle der Sterilisation sind somit von höchstem gerichtsmmedizinischen und auch kriminalistischem Interesse.

Die Frage erfordert eine besondere Beachtung, inwieweit eine Untersuchung der Patientinnen und der Krankheitsbefund die Sterilisierung notwendig erscheinen lassen.

Das ist der eine Fragenkomplex, der andere ist der der zahlreichen Abtreibungsfälle. Dem Kehler Bezirksarzt war natürlich der § 218 bekannt. Er kannte ebenfalls die sehr klaren und scharfen Bestimmungen, die das Badische Ministerium des Innern erlassen hatte, und die deutlich sagen, wann das Badische Innenministerium einen solchen Eingriff gestattet und welche ärztlichen Beratungen kollektiver Form in jedem Falle zu erfolgen haben. Das Gericht hat die Frage zu untersuchen, ob die drei Angeklagten hier pflichtgemäß gehandelt haben. Dazu werden eingehende Sachverständigenurteile erstattet werden. Die große Zahl der im Kehler Krankenhaus von Dr. Merk vorgenommenen Abtreibungen mußte natürlich eines Tages auffallen. Da die Angeklagten sich nicht darauf berufen, spielt

die soziale Indikation in diesem Prozeß keine Rolle.

Es ist also keine Parallele zum Fall Wolf-Klenke.

Aus den Ausführungen
des Angeklagten Dr. Merk

ist besonders bemerkenswert seine prinzipielle Stellung zur Frage der Schwangerschaftsunterbrechung. Er betont, daß er nicht zu den Gegnern des § 218 gehört.

In seinen hier inkriminierten ärztlichen Eingriffen haben die medizinischen Befunde der Patientinnen (medizinische Indikation) den Ausschlag gegeben und nicht ihre wirtschaftliche Lage (soziale Indikation). Diese kann seines Erachtens mitberücksichtigt werden, aber kann nicht ausschlaggebend sein. Mit diesem prinzipiellen Standpunkt ist auch gleich der grundsätzliche Unterschied dieses Prozesses zum Falle Dr. Friedrich Wolf-Stuttgart sichtbar gemacht.

Merk sagt, und wer könnte sich seiner Logik verschließen, daß es ihm einfach unfaßbar sei, daß etwas ein Verbrechen und eine strafbare Körperverletzung sein soll, was der Patient selbst wünsche, daß an ihm vorgenommen werde und wovon er nachher nur mit Befriedigung und dankbar spreche, daß er von dem bedrückenden Zustande befreit worden sei. Seine Patientinnen sind auch eingehend auf die Tragweite der Operationen aufmerksam gemacht worden, und die Zustimmung des Ehemannes wurde zur Voraussetzung gemacht.

Für die Honorarberechnung ergaben sich keine Anhaltspunkte einer wucherischen Handhabung. Die Operationen wurden im Bezirkskrankenhaus in Kehl vorgenommen.

Frau Dr. Bauer und Herr Dr. Weber nehmen zu den Fragen der grundsätzlichen Einstellung über Abtreibung und Sterilisation genau denselben Standpunkt ein wie ihr Kollege Merk.

erblie... id den ehrlichen Willen der SAP anzw... müssen. Im Schlußwort führte Gen... Dauer den Beweis, daß die SAP nicht nur neben der SPD, sondern auch neben der KPD Existenzberechtigung hat. Der Beifall, den die Versammlung spendete, bewies, daß diese Versammlung in Bünde einen vollen Erfolg bedeutete.

Herford

Zu unserem ersten Diskussionsabend waren die Genossen der SPD und KPD zahlreich erschienen. Eröffnet wurde der Abend von unserem Genossen Brokmeyer. Man einigte sich dahingehend, daß von jeder Partei ein Genosse zehn Minuten zur Einleitung des Abends über das Thema: „Wie schaffen wir die Klassenfront gegen Faschismus und

Der 2. Verhandlungstag (21. Mai)

Die Zeugin des 16. Falles der Anklage wird vernommen. Zu ihrem jugendlichen Gesicht steht die unnatürliche Fülle ihres Körpers nicht im Einklang. Diese Verfertigung ist meist ein äußeres Symptom der erfolgten Sterilisation. Hier ist es wohl noch ein Zeichen schweren Herzeleidens. Schon in den Kinderjahren, schildert sie, war ihr oft der Gang zur Schule eine Anstrengung; sie war sehr oft vom Unterricht dispensiert. Die Füße schwellen an und eine Unternehmung in späteren Jahren ergab auch Herzgeräusche. Der Vater starb schon am Herzgelenk. So ist begreiflich, daß sie im Zustande ihrer dritten Schwangerschaft die Aerztin Frau Dr. Bauer aufsuchte. Diese versuchte, mit Medikamenten dem kranken Herzen zu wehren. An Dr. Merk zuletzt verweisen, entschloß sich dieser zur Beistimmung der Frucht und zur Sterilisation. Heute fühlt sich die junge Frau erheblich besser, wenn auch nicht gesund. Die zweite Zeugin,

eine auffallend magere Arbeiterfrau Befund: Lungentuberkulose! In kurzer Zeit hat sie dreißig Pfund an Gewicht verloren. Sie hat vier Kinder geboren, wobei das Niederkommen für sie zunehmend beschwerlicher wurde. Sichtlich bewegt spricht sie von ihrem Jüngsten, den auch schon das Lungenfieber erfaßt hat. Dr. Merk, von ihr angegangen um Sterilisation, damit sich die Zahl ihrer tuberkulösen Kinder nicht vermehre, erklärt ihr die Folgen, und daß er noch einen Arzt hinzuziehen müsse. Auf den medizinischen Befund entschließt er sich zur Operation: Auskürzung und Sterilisation. Bei der dritten Zeugin liegt es noch schlimmer. Sie ist von 5 Kindern Mutter und tuberkulös. Die letzte Geburt war schwer und von einer Rippenfell-Entzündung begleitet. Ihre Geschwister sind lungenkrank. Am Tage nach der Untersuchung hat Merk sie operiert.

Für den Sozialisten ist dieser Prozeß von besonderem Interesse. Es zeigt sich jetzt schon in den ersten Tagen, wie wenig die bürgerlichen Aerzte und Richter ein wahres Bild davon sich zu machen imstande sind, was eine Arbeiterfrau dazu treibt, den Arzt um Schwangerschaftsunterbrechung oder gar Sterilisation zu bitten. Wir sehen auch unter den nahezu 60 Zeugen, welche in diesem Prozeß aufmarschieren werden,

nur Proletarierfrauen, und was für Erschütterungen darunter! Für die Bevölkerung der Prozeßgegend ist es aber seit Jahren kein Geheimnis, daß unter dieser Art Patientinnen des Kehler Bezirksarztes sich nicht nur Frauen aus der Proletarierklasse befunden haben sollen.

Es muß uns wie Hohn klingen, angesichts der materiellen Lage unserer Klassengenossinnen und der Auswirkung auf ihr körperliches und seelisches Befinden, wenn wir mit anhören müssen, wie sich in diesem Prozeß Universitätsprofessoren darum streiten, ob da und dort ein Herzeleid oder eine Lungentuberkulose wirklich schon soweit gediehen war, daß der Angeklagte zu Schwangerschaftsunterbrechung und Sterilisation berechtigt war. Als im Verlauf einer solchen Haarspalterei der Angeklagte Dr. Merk einmal ganz richtig betont, daß über solchen Versuchen und Erwägungen sowohl das Herzeleid wie die Leibefrucht seiner Patientin sich ständig vergrößere und eine Operation aussichtsloser gestalte, und als ihm darauf Schwarzacher zuruft, es sei immer noch nicht alles verloren, fragt in Merk: „was dann?“ und erhält die Erwiderung mit Emphase:

„dann ist immerhin einlebensfähiges Kind erhalten.“

Und eine solche Bevölkerungspolitik angesichts des bürgerlichen Geschreis von den 20 Millionen überschüssiger Menschen in Deutschland. Wir wollen das Kind aber von vornherein beim rechten Namen nennen: Es ist im kapitalistischen Staate eben ein

herz- und lungenkrankes Kind noch ein lebens- und gebrauchsfähiges Kanonenfutter

und wenn es eventuell nur als krüppeliger Armierungssoldat noch Verwendung finden kann, nachts Munition und Stollensrahmen in die Stellungen zu schleppen. Das ist immer noch billiger als Pferdmaterial. So ist wohl das „Hohe Lied von der Ethik der Mutterschaft“ im Kapitalismus zu verstehen. Ob sich die Angeklagten in diesem Prozesse und ihre Verteidigung unter denen sich auch Anhänger des Nationalsozialismus befinden, darüber schon ernsthaft Gedanken gemacht haben?

T. G.

Hungerdiktatur?“ sprechen sollte. Es wurde den Anwesenden in freier Entscheidung überlassen, wer von den drei Parteien die Diskussion eröffnet. Nach allgemeiner Uebereinstimmung gab man unserer Genossin Dauer zuerst das Wort. Genossin Dauer machte Vorschläge zur Schaffung der Einheitsfront und ging auf die in Zukunft so notwendige revolutionäre Arbeit der Gewerkschaften ein. Genosse Bergmann von der KPD unterstrich die Ausführungen der Genossin Dauer und behandelte die Kriegsgefahr. Leider hat kein Genosse von der SPD von dem Recht der Diskussionsführung Gebrauch gemacht. Doch an der allgemeinen Aussprache beteiligten sie sich. Die Genossen der SPD fühlten sich durch die, trotz der verschiedensten Themenbehandlung sehr vorsichtig formulierten Ausführungen der Ge-

nossen aus der KPD und SAP, persönlich getroffen und glaubten ihre Führer vor ungerichteten Angriffen verteidigen zu müssen. Die Berechtigung der Kritik an der gesamten Politik der SPD-Führer wie auch in längeren Ausführungen die Genossin Dauer nach. Das Ergebnis des Diskussionsabends war ein Anfang zur Schaffung der so notwendigen Verständigung der klassenbewußten Arbeiter untereinander. Die Anwesenden beschlossen, die Abende fortzusetzen und möglichst bald eine große Erwerbslosenversammlung in gleichem Sinne durchzuführen.

Mainz

Aus der Parteiorganisation. Unsere Versammlungen finden immer mehr und mehr den Beifall unserer Mitglieder. Obwohl am Donnerstag eine drückende Hitze herrschte, war der Saal des „Taubchen“ dicht besetzt. Genosse Galm, der erstmalig vor den Mainzer Genossen sprach, fand mit seinen Ausführungen den ungeteilten Beifall der Versammlung. In seinem Referat zeichnete er klar und deutlich die Ereignisse der letzten zehn bis zwölf Jahre auf. Die Bourgeoisie, die zuerst mit demokratischen Mitteln die anstürmende Arbeiterschaft zufriedengestellt habe, habe in den folgenden Jahren durch geschicktes Operieren auch die Demokratie wieder beseitigt. Galm behandelte dabei eingehend das Verhalten der Sozialdemokratie, die durch ihr ständiges Leisetreten, Zurückweichen und ihr Paktieren mit der deutschen Bourgeoisie die Arbeiterschaft geschwächt und dem Faschismus die Bahn geebnet hat. Wollte die Arbeiterschaft sich vor der drohenden Gefahr der Vernichtung durch den Faschismus retten, dann sei die Zusammenfassung aller revolutionären Kräfte der Arbeiterschaft notwendig. Genosse Galm sieht die Erreichung dieses Zieles vor allem in der Stärkung der SAP. In der Diskussion behandelte Genosse Quessel-Darmstadt die Erfahrungen der russischen Revolution, ihnen zugleich gegenüberstehend die verkehrte Taktik der deutschen KPD. — In Anbetracht der bereits stark vorgeschrittenen Zeit sprach Genosse Janacek nur kurz über die bevorstehenden Hessenwahlen. Er erstattete gleichzeitig Bericht über die Bezirksvorstandssitzung. — Die Versammlung nahm einstimmig den vorgelegten Wahlvorschlag des Bezirksvorstandes, der die Besetzung der ersten sechs Kandidaten durch die Genossen Galm, Ohlhof, Fr. Rudolph, G. Münch, Quessel und Hassmer vorsieht, an. Für die Liste wurden weiter folgende Mainzer Genossen vorgeschlagen: Bell (67 Stimmen), Janacek (66), Wittmann (49) und Eisenheimer (33).

Nach kurzer Debatte wurde schließlich ein Kommunalpolitischer Beirat, bestehend aus zehn Personen, gebildet. Die Aufgabe des Beirates ist es, mit den Genossen im Stadtrat über die Vorgänge im Stadthaus ständig zu beraten.

Burg

Die Mitglieder des Baugewerkbundes zum Kampf entschlossen. In der letzten außerordentlichen Mitgliederversammlung beschloß sich die Mitglieder des BGB mit dem Schiedsspruch für Sachsen-Anhalt im deutschen Baugewerbe. Es fand einstimmig folgende Resolution Annahme: 1. Auf die SPD-Fraktion im Reichstag einzuwirken, die Tolerierungspolitik aufzugeben. 2. Eventuell einen Generalstreik aller Gewerkschaften zu proklamieren. Ferner beschloß die Versammlung, den Vorstand zu ersuchen, die Verwaltungskosten erheblich zu verringern. Dazu fordert sie, einen großen Teil der Gewerkschaftsbeamten abzubauen und den noch verbleibenden Angestellten die Gehälter dem Lohn der Kollegen anzupassen, damit der Beitrag auf einen Stundenlohn herabgesetzt werden kann. Diese Resolution weckte große Kampfbegeisterung bei allen Kollegen. — Es ist erfreulich, BGB-Mitglieder sich so geschlossen für den Kampf einsetzen zu sehen. Sie wollen das Richtige, aber ihre Vorschläge, wie zum Kampf zu kommen ist, haben einige Mängel. Erstens: So notwendig die Einstellung der Tolerierungspolitik ist, sie wird sicher nicht durch Appelle an die SPD-Reichstagsfraktion, sondern nur von den Massen im außerparlamentarischen Kampf erzwungen. Zweitens sind zwar heute politische Massenstreiks unter Einsatz der ganzen gewerkschaftlichen Machtmittel notwendig, aber das geht nicht einfach durch „Proklamierung des Generalstreiks“. Der erste Schritt hierzu ist, und darauf müssen die Arbeiter jetzt das Schwergewicht legen, daß eine grundsätzliche Änderung der ganzen Gewerkschaftstaktik erzwungen wird. Das ist das Entscheidende und noch wichtiger als die selbstverständliche Anpassung der Gehälter der Verbandsangestellten.

Organisationsnachrichten

SAP Hamburg: Die Pressestelle (Gen. Görlich, Söderquistr. 2. ptr.) blüht dringend alle Kolporteurs und Gruppen, sofort Tagesexemplare SAZ bis mit 20. 5., Abonnements bis mit laufender Woche 21. bis 27. 5. abzuschreiben; rüchständige Abonnenten müssen gemeldet werden. Täglich bestimmt anzutreffen 18 bis 20 Uhr. Letzter Termin Mittwoch, 25. 4. (Albert Wolf ist nicht mehr zur Empfangnahme irgendwelcher Gelder berechtigt) — Alle Genossen, die das 5. Rote Buch wünschen, bitte um sofortige Adressenübernahme über die Kolporteurs oder direkt an Pressestelle, ebenso Genossen, die das „Klassenkampf“ für Mai noch nicht haben. — Mittwoch, 25. 5., 20 Uhr, Volkshelm Marschierstraße, Versammlung aller an der Genossenschaftsbewegung interessierter Parteigenossen. Referat A. Langmann. SAP Stettin: Mittwoch, 25. Mai, Bildungsabend, Freitag, 27. Mai, 10 Uhr, Tolerierung oder kämpfen! (Genosse Porsch) im Baller Biederhof 27/28. Beginn 20 Uhr. SJV Knapsack: Donnerstag, 26. Mai, 1914 Uhr, im Lokal Schumacher, Lichtbildvortrag des Genossen Schäfer über „Sternenhimmel und Menschheit“. Parteigenossen und Gäste willkommen. Bringt Freunde mit!

Weshalb ich aus der kommunistischen Partei austrat

von J. T. Murphy

Wie wir vor einigen Tagen berichteten, ist J. T. Murphy, der bisherige Vorsitzende der kommunistischen Partei Englands, aus der Partei ausgeschlossen worden. In den folgenden Ausführungen, die wir dem „New Leader“, dem Organ der Unabhängigen Arbeiterpartei, entnommen, legt er die Gründe dar, die ihn veranlaßten, aus der Partei auszutreten, bevor der Ausschluß offiziell vollzogen wurde.

Niemand verläßt eine Partei, der er zwölf Jahre lang angehört hat, ohne triftige Gründe. Die Heftigkeit, mit der ich angegriffen wurde, wird jeden anständig Denkenden veranlassen, zu fragen, was ich dazu zu sagen habe.

Die Antwort ist einfach. Ich lehne es mit aller Entschiedenheit ab, in Wendungen, die ich nicht für richtig halte, die Erklärung abzugeben, daß ich politisch unrecht habe.

Mein Fall

Ich war der erste, der 1925 auf der Verfertigung von Justice Swift unter Androhung von Gefängnisstrafen aufgefordert wurde, die kommunistische Partei zu verlassen. Ich führte die Ablehnungskampagne durch. Heute lehne ich es ab, mich von dem Politbüro der kommunistischen Partei durch die Androhung öffentlicher Denunziation meines Artikels aus der „Communist Review“ zwingen zu lassen. Ferner weigere ich mich, der Lösung der Diskussion von den Fragen, die ich ursprünglich aufgeworfen hatte, zuzustimmen.

Das Sekretariat der Partei hat dem Politbüro meine Briefe vom 10., 17. und 27. März unterschlagen. Sie behandeln alle die Frage „Kampf um Arbeit“, die Forderung des Kredits für Sowjetrußland, und die Frage, wie die Arbeiterschaft für den „revolutionären Ausweg“ gewonnen werden kann. Anstatt die Frage in ihrer Gesamtheit zu diskutieren, konzentrierte sich das Bureau auf einen Absatz meines Artikels. Es war mir völlig klar, daß das Bureau die Partei wegen dieses einen Punktes gegen mich aufbringen wollte. Ich wollte lieber den Kampf auf dieser Basis aufnehmen, als mich auf diese Weise niederboxen lassen.

Ich schrieb unter Bezugnahme auf eine Parlamentsrede von Pike vom 10. März an das Sekretariat der Partei und forderte eine politische Aussprache. Pike schrieb dem „Sheffield Independent“ einen Brief, auf den ich antwortete. Meinen Brief zeigte ich Pollitt und Rust; beide erklärten, es sei eine „ausgezeichnete Antwort“. Aber sie wurde weder im „Independent“ noch im „Daily Worker“ veröffentlicht. Daraufhin schrieb ich einen Leitartikel in der „Review“.

Politiks Angriff

Am 24. März erhielt ich einen Brief von Pollitt, der mich in Erstaunen setzte. Er griff die Fragestellung „Kampf um Arbeit“ an, stellte fest, daß „wir das Schlagwort Kredit-hilfe für Rußland nicht als konkrete Parteilforderung aufstellen dürfen und bog die ganze Darlegung des „revolutionären Auswegs aus der Krise“ um als eine Phrase, deren wir uns als Verlegenheitsprodukt bedienen, wenn wir

gar nichts anderes mehr wissen. Er stellte die Dinge so dar, als ob ich gefordert hätte, die Kreditfrage solle den ganzen Inhalt des Programms bilden und nicht eine von vielen aktuellen Forderungen sein.

Das würde angesichts einer schwierigen Situation bedeuten, daß wir, anstatt genau zu untersuchen, welche konkreten Forderungen die Arbeiterschaft gegen die herrschende Klasse mobilisieren können, ihr sagen, sie soll auf die Revolution warten — als ob die Revolution nicht das Produkt dauernder Tageskämpfe gegen die Kapitalisten im Kampf für Arbeit und Brot wäre!

Wir müssen zum Beispiel den Arbeitern am Clyde sagen, daß es verhängnisvoll ist, wenn die Wertunternehmer und die Regierung den Auftrag auf 26 Sowjetschiffe sabotieren, aber sie dürfen nichts tun, um die Revision dieses Beschlusses zu erwirken. Denn wenn die Arbeiter das täten, würden sie dazu beitragen, „die Absatzkrise des Kapitalismus zu beseitigen“. Im übrigen: „Jetzt ist nicht die Zeit, über derartige Befehle zu streiten, denn wir befinden uns in einer akuten Kriegssituation“. „Wenn wir Kredite für das Russengeschäft fordern, müssen wir auch Kredite für alle anderen Länder fordern“, und „wenn wir Kredite für die Sowjetunion fordern, sagen wir damit den Arbeitern, daß nur das Kreditssystem falsch ist“. Das ist ungefähr die Linie, auf der sich Pollitts Argumentation und die Diskussion des Politbüros bewegte. Solchen Unsinn kann ich nicht unterschreiben.

Nichts Positives

Ich habe nie geglaubt, daß das Rußlandsgeschäft die Krise des Kapitalismus beseitigen wird. Im Gegenteil, meine Briefe wandten sich gegen derartige Vorstellungen. Die kommunistische Partei hat die Frage des Handels und des Kredits als Material gegen die Kapitalisten benutzt, sie aber nie zum Ausgangspunkt positiven Kampfes gemacht. Sie beklagt sich über das, was die Regierung tut, aber sie lehnt es ab, die Revision ihrer Beschlüsse zu verlangen.

Ich wurde verhöhnt, weil ich sagte, daß englische Arbeiter, die Sowjetaufträge zu fördern versuchen, für den Fünfjahresplan arbeiten. Ich weiß sehr gut, daß sie Lohnarbeiter des Kapitalismus sind. Aber das sind auch diejenigen Arbeiter, welche Munition für Japan herstellen und transportieren. Sollen wir diesen Arbeitern sagen, daß es ganz gleichgültig ist, was sie produzieren und transportieren, daß sie bloß Lohnklaven sind, die sich für nichts zu interessieren haben außer für ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen? Wenn wir das täten, würde nie eine Sabotage möglich sein, weder in der Produktion noch im Transport von Munition. Ich glaube, daß es sehr nötig ist, die Arbeiter über die Bedeutung dessen, was sie produzieren, aufzuklären, ihnen zu sagen, daß es bei weitem besser ist, Sowjetschiffe herzustellen als Kreuzer für den Krieg gegen Sowjetrußland. Das eine geschieht für den Fünfjahresplan, das andere, um ihn zu zerschlagen.

Wir arbeiten nicht an einem englischen

Fünfjahresplan. Wir könnten das nur nach einer Revolution tun. Diese Revolution steht keineswegs vor der Tür. Daher ist die Arbeit für Sowjetaufträge ein Teil des Kampfes für den sozialistischen Aufbau an Stelle imperialistischer Kriegsproduktion.

Konstruktive Vorschläge

Schließlich, der umstrittene Absatz. Dieser lautet:

„Es genügt nicht, zu schreiben, verteidigt Sowjetrußland, verweigert Munitionstransporte. Wir müssen mehr tun. Wir müssen auch die Forderung „Kredite für Sowjetrußland“ stellen. Wir müssen darum kämpfen, an dem Fünfjahresplan für den sozialistischen Aufbau zu arbeiten... Je enger das tägliche Leben der Arbeiter dieses Landes in die Industrialisierung Sowjetrußlands einbezogen wird, auch wenn es über die Kapitalisten geschieht, desto schwieriger wird es für die englische Regierung werden, diese Beziehungen zu lösen...“

Wir müssen den Kampf um Arbeit und Brot eng an das Schicksal der Sowjetunion, das Land des sozialistischen Aufbaus ketten, damit die Arbeiterschaft dieses Landes immer deutlicher sieht und begreift, daß ihr Schicksal unlosbar verbunden ist mit dem Schicksal der Sowjetunion.

Das bedeutet Kampf gegen den Krieg. Das bedeutet, den Klassenkampf ebenso entschieden führen wie Streik und Sabotage.“

Ich war bereit, zu diesem Teil meines Artikels öffentlich folgende Erklärung abzugeben:

„Die Linie meines Artikels ist falsch in folgender Hinsicht: sie stellt den Kampf um Kredite für Sowjetrußland als Hauptteil des Kampfes gegen den Krieg gegen die Sowjetunion hin. Das ist falsch, einmal weil es undurchführbar ist, zum anderen — und das ist wichtiger — ist es politisch falsch, weil es den Eindruck erweckt, als sei ein dauerndes, friedliches Nebeneinander der beiden Welten — des Sozialismus und des Kapitalismus — möglich. Eine solche Illusion zu erwecken, ist in einer Periode, in der eine große Reihe von Punkten auf die entgegengesetzte Richtung hindeuten, ein schwerer Fehler.“

Mein Artikel ist auch darin falsch, daß er den Sowjetaufträgen und dem Streik die gleiche Bedeutung beiließt. Ich bin fest davon überzeugt, daß eine neue „Jolly George“-Aktion heute von weit größerer Bedeutung wäre als alle Sowjetaufträge. Diese beiden Dinge können nicht gleichgesetzt werden, denn es kann nötig werden, einen Streik zu unternehmen, um solche Aufträge zu bekommen. Es kann kein Zweifel bestehen: die Frage der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen einem kapitalistischen Staat und Sowjetrußland hängt von den Klassenkräften und nicht von diplomatischen Beziehungen ab.“

Ich wollte meine Stellung so darlegen, wie ich es in diesem Brief ausgeführt habe. Das wurde abgelehnt. Die ganze Aufmerksamkeit wurde allein auf diesen einen Punkt konzentriert.

Die heftigen schändlichen Angriffe gegen mich mit ihren verblüffenden Unterstellungen und Verdrehungen meiner Auffassungen und Absichten sind Beweise für den Triumph der Hysterie in der kommunistischen Führerschaft. Die Tatsache, daß ein paar Stunden nach dem Erscheinen des „Daily Worker“-Ar-

tikels sich eine Flut denunziatorischer Resolutionen über mich ergoß, ohne daß jemand fragte, was ich dazu zu sagen hätte, und bevor es mir möglich war, zu erfahren, was mir eigentlich vorgeworfen wurde, ist ein Beweis für die hirnlose automatische Art, in der die Parteimachine arbeitet und Resolutionen zusammenschustert — ein Vorgehen, gegen das ich immer angekämpft habe.

Mobilisierung der Arbeiter!

Ich fürchte, das wird so weiter gehen. Gut. Aber eins ist sicher: So kann weder eine kommunistische Partei aufgebaut werden, noch die Elnigung der Arbeiterschaft zum Klassenkampf noch sonst irgend etwas erreicht werden. Das wird mich nicht im Lager der Kontorrevolution treiben. Ich habe nicht die Absicht, gegen die kommunistische Partei zu kämpfen oder weiter meine Zeit mit der Beantwortung der Verleumdungen zu vergeuden, die die Führer gegen mich austreuen in ihrem Aerger darüber, daß ich mich nicht zwingen lasse, Ansichten zu vertreten, mit denen ich nicht übereinstimme.

Die Aufgabe, die heute vor uns allen steht, ist, angesichts der kriegerischen Situation und der drohenden Intervention in Sowjetrußland, die Gesamtheit aller sozialen Kräfte gegen die Kriegstreiber und die Regierung des Kriegs und der Ausbeuter zu mobilisieren. Die Arbeiterklasse steht im Vordergrund dieser Kräfte, und die einzige Aktion der Arbeiterklasse in jedem politischen und wirtschaftlichen Stadium des Klassenkampfes ist das Entscheidende. In dieser Richtung werde ich nach meinen besten Kräften und Fähigkeiten arbeiten.

Schwere KPD-Schlappe in Bremen

Nur ein Fünftel der Wahlstimmen für das Volksbegehren aufgebracht!

TU. Bremen, 23. Mai 1932

Am gestrigen Sonntagabend ist das kommunistische Volksbegehren auf Auflösung der Bremischen Bürgerschaft beendet worden. Im gesamten Staatsgebiet trugen sich rund 5200 Personen in die Listen ein, während rund 52 000 Stimmen zur Durchbringung der Volksbefragung notwendig gewesen wären. Beim ersten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl waren für Thälmann 30 704, beim zweiten 24 225 Stimmen abgegeben worden.

Justiz in Bayern

In München wurde einige Stunden nach einer Wahlrede ein sozialdemokratischer Redakteur von einem Nazi überfallen. Das Gericht billigte dem Angreifer für die vier Stunden nach der Rede begangene Tat Affekt zu, da sich der Nazi in Aufregung über die Ausführungen des Sozialdemokraten befunden habe, und verurteilte ihn zu nur 150 Mark. — Am gleichen Tage wurde ein betrunkener Parteiloser, der dem päpstlichen Nuntius ein Fenster einwarf, zu drei Monaten verdonnert. „Eine Lücke in der Ordnungszelle“ nennt das „B. T.“ die bekannt klassenbewußte bayerische Kapitalistenjustiz. Uns scheint, daß das Vorhandensein einer Klassenjustiz im Klassenstaat ganz in der Ordnung ist.



Copyright by AGIS-VERLAG, Berlin-Wien, 1931. Alle Rechte, insbesondere die des Nachdrucks, der Übersetzung und Radioverbreitung, vorbehalten.

14. Fortsetzung

Hans ist am Ziel. Er trägt sein Köfferchen und niemand fragt ihn. Es interessiert niemand, daß er unterschlagen hat. Er hat das ja auch gar nicht getan. Das war der andere, der Hans Schulze, Berlin, Große Frankfurter Str. ..., Hof, vier Treppen. Das hier ist Herr Schulze aus Berlin. Er besucht Verwandte...

In Hamburg geht man zuerst zum Hafen. St. Pauli. Landungsbrücken. Da gehen viele Menschen. Hier halten die Dampfer der Hamburger Hafensrundfahrtgesellschaft. Von hier aus fahren die Dampfer nach Blankenese, nach Finkenwärder, Cuxhaven und Helgoland.

Aber da... Da liegt ein Riesendampfer, ein gewaltiges Schiff. Tut — tut...

Da flitzen Barkassen, zehn, zwanzig Stück. Da wird ein großes Schiff gedreht. Vorn zwei Schlepper, hinterher ein Schlepper. Tut — tut. Das rauscht und stöhnt, jubelt und tutet. Da kommt die ganze Welt auf einen zu. Hans, halte dein Herz fest. Junge, nicht wahr, das ist schon was? Da staunet du, Berliner Range. Merkst du, was hier für ein Lüftchen weht? Seeluft.

Nun steht Hans am Wasser. Unter ihm

schlagen die Wellen. Hans ist froh. Noch nie war er so glücklich. Er hat es geschafft. Hier ist das Meer. Jetzt sieht er die Welt. Ein Schiff fährt nach Südamerika. Das dort geht nach China, und das nach Indien. Tu — tut — tut — tut —

Hier bleibe ich. Nein, ich will mit. Nimm mich mit!

Aber das Schiff taumelt vorbei und das gleitet vorüber und da drüben das...

Hans hat Hunger. Er ist in einem Restaurant. Blumenkohl- und Rinderschmorbraten und tringt ein kleines Helles hinterher.

Auch hier fragt ihn niemand. Der Ober beißt sich: „Jawohl, mein Herr, ... bitte sehr...“ Hans hat Geld.

Vierhundertsebzig Mark. Davon gehen ab für Anzug, Hemd, Strümpfe, Hut und Schuhe und für das Köfferchen einhundertfünfzehn Mark. Die Fahrkarte, gestern ein bißchen Essen: paar Schrippen. Ende Wurst aus der Hand... Schmeckt gut, wenn man Hunger hat. Und Hans hat Hunger. Gestern und heute.

Hans wechselt einen Hundertmarkschein und der Ober ist nicht einmal überrascht, nur als ihm Hans zwei Mark Trinkgeld an den Rand schiebt, sieht er auf, ein Blickchen Mißtrauen, aber schon lächelt er wieder, nein, strahlt er: Danke vielmals, mein Herr...“

Vor der Tür geht eine Dame vorüber, sieht ihn groß an, stutzt, lächelt, geht vorüber. Hans sieht ihr betroffen nach. Das ist die schöne Lilli vom Wedding. Quatsch, Hans, wie soll die hier nach Hamburg und gerade vor das Lokal kommen? Hans tappt ihr nach. Nicht eigentlich hinter ihr her, aber so die Straße entlang. Da steht die Dame vor einem Schaufenster. Hans ist verlegen. Ob sie auf ihn wartet?... Diese Augen. Natürlich ist das Lilli, nicht doch... Hilfe, ich ertrinke... Jetzt ist es wirklich nicht mehr der Arbeitsbursche Hans Schulze, der neben der Dame

horgeht, die so fein gekleidet ist und die so fein lächelt und spricht. Eine Dame. Das ist so... keine...“

Der Fürsorger Hermann Leukel kommt eben vom Gericht. Einer von seinen Jungen hat Bewährungsfrist, einer Freispruch, zwei kommen ins Gefängnis. Morgen will Herr Leukel ins Gefängnis gehen. Da sitzt Hermann Schucke. Er war vier Wochen in Freiheit, nachdem er ein Jahr im „Knaast“ war. In vier Wochen Freiheit hat er vierzehn Einbrüche begangen... vierzehn... Aber er hatte Arbeit und ein Unterkommen und das Jugendamt hatte ihn beraten. Am Tage arbeitete der Junge, abends kam er in die Sprechstunde. „Danke, danke, geht gut. Gefällt mir, die Arbeit“ und nachts ging er einbrechen. Wenn er zur Sprechstunde kam, hatte er sicher das Werkzeug schon mit... Herr Leukel ist sehr ernst. Wozu das alles? Warum? Warum mußte der Junge einbrechen? Ja, der und der, das konnte man noch verstehen. Da waren die Brüder oder die Freunde oder der Suff. Sein Suff oder der des Vaters. Aber Hermann... Zu Hause? Da lag es wohl. Vater tot. Unbekannt. Mutter verheiratet. Vater macht sich nichts aus fremden Bälgern. „Halt die Fresse...“ „Raus mit dir, du Bankert...“ Mutter will vermitteln: „Olle Zicke...“

„Die Familie ist die Keimzelle des Staates...“

„Die Familie ist heilig...“ Eine Lehrstelle ist frei. Ein Junge kann sofort kommen. Das ist eine feine Sache. Nun hat er auch den Bruder von Fritz Brühl in einer Lehrstelle untergebracht. Der Bruder hat sich tadellos entwickelt. Hatte früher zweimal Dummheiten gemacht. Der Junge ist tüchtig geworden. Ein anständiger Mensch. Anständig. Der ist schon verheiratet, hat eine prächtige Frau, beide junge Kommu-

nisten. Sie leben für ihr Reich der Gerechtigkeit. Vierundzwanzig Jahre ist er. Sie einundzwanzig. Der ist Tischler, ein braver Arbeiter. Der ist Rennfahrer... Der Schweinemeister. Hundert Jungen marschieren vor ihm auf. Alles Menschen. Breitbeinig und tapfer. Die Fürsorge hat ihnen geholfen.

Aber dann kommen andere... Die Fürsorge hat zertreten... wir klagen an...“

Das Telefon... „Wer...?“ Hans Schulze... „Ja, Herr Leukel, das ist mal wieder Ihre Schuld, Sie hätten Ihr Wort halten sollen, dann hätten Sie auch dem Jungen helfen können. Nun ist er weg... Nun ist er verloren. Jetzt wird er überfahren. Mal sehen lassen.“

Kümmern Sie sich mehr um die Jungen. Mehr, mehr... Lassen Sie sich mehr sehen. Ja, wann denn?... Das Rad raus. Treten. Treten. Sieben sitzen vor der Tür. Zum Gericht. Zum Gefängnis. Rücksprache mit dem Lehrmeister.

„Lassen Sie auf der Arbeitsstelle nichts merken, daß Sie vom Jugendamt sind, sonst fliege ich.“

Gibt es das denn? Natürlich. Jeden Tag. Dann denkt Herr Leukel an die Heimat und an die Jungen und Mädchen, mit denen er jung war. Eine schöne Freundschaft verband sie damals. Da gab es keine Gerichte. Da spuckte man auf die Alten, die einen nie und nimmermehr verstehen konnten. Man war ja so herrlich jung.

Guter Kamerad. Sechs Jahre sind herum. Zehn Jahre. Aber das Feuer brennt noch. Einst war es auf dem Berge. Im Walde. Am Bach. Jetzt brennt es da drinnen im Herzen.

Meine Jugend ist nicht deine Jugend. Aber dann kam der Krieg. Was weiß ein Kind vom Krieg. Vater ist fort und der Bruder kommt nicht wieder.

Katastrophale Niederlage der RGO-Streikstrategie

„Prächtig stand die einheitliche Kampffront“ — Eindeutig war die Niederlage der RGO bei der Betriebsratswahl

Auf der Grube „Siegfried“ bei Teuchern fanden vor einigen Tagen Betriebsratswahlen statt. Der bisherige Betriebsrat setzte sich nur aus Anhängern der KPD und RGO-Mitgliedern zusammen. Der kommunistische Einfluß unter der Belegschaft war demnach stark, daß bei allen früheren Betriebsratswahlen nur eine Liste aufgestellt wurde, da alle anderen Gewerkschaftsrichtungen es für aussichtslos ansahen, eigene Listen aufzustellen. Solange die Kommunisten noch in den freien Gewerkschaften organisiert waren, beherrschten sie die freigewerkschaftliche Betriebsratsliste. Erst im März 1931, also recht lange nach der bereits im Jahre 1929 vollzogenen Kurswechselung, stellte man zum ersten Male eine rote Einheitsliste auf. Die Folge davon war, daß die freigewerkschaftlich organisierten Kandidaten dieser Liste aus dem Verband ausgeschlossen wurden. Eine Gewerkschaftsliste kam auch im Jahre 1931 nicht zustande, da „niemand Lust verspürte, gegen die Gewerkschaftskollegen der roten Liste zu kandidieren“, schreibt der kommunistische „Klassenkampf“. Dem überwiegenden kommunistischen Einfluß war es also zuzuschreiben, daß in den vergangenen Jahren auf der Grube „Siegfried“ überhaupt keine Betriebsratswahlen stattfanden, da nur eine Liste existierte und in diesem Jahre zum ersten Male gewählt wurde.

Die Wahlen machten sich notwendig, da bei dem letzten Streik im März 25 kommunistische Arbeiter gemäßigert wurden, unter ihnen auch die kommunistischen Betriebsräte. Der Streik stand unter der Führung der RGO, 95 Prozent der Belegschaftsmitglieder waren der Streikparole gefolgt. Die Belegschaft hatte bei allen kommunistischen Sonderaktionen, im Sommer 1931, bei der Januarbewegung 1932, die größtmögliche Aktivität entwickelt. Ueber die letzte Streikbewegung schrieb die kommunistische Presse: „Prächtig stand die einheitliche Kampffront. Nach mehreren Tagen wurden von anderen Gruben, von den Gruben Paul I und II gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, die Hammerschaften der „Eisernen Front“ zum Streikbruch eingesetzt.“ Der Streik mußte schließlich ohne Erfolg abgebrochen werden, aber die Kommunisten erwarteten durch den Streik eine Stärkung ihrer Sympathien unter der Belegschaft. Für sie war es selbstverständlich, daß bei den jetzt stattfindenden Wahlen der Sieg der roten Liste von vornherein feststand. Das Ergebnis der Wahl sieht so aus:

Reformisten 85 Stimmen 4 Sitze
Rote Liste 59 „ 3 „

Von 260 Belegschaftsmitgliedern gaben nur 146 ihre Stimme ab. Die Führung ist also an die Reformisten übergegangen.

Wie erklären sich die kommunistischen RGO-Strategen nun diese eklatante Niederlage? Neben einer durchaus richtigen Aufzeichnung der Fehler findet man im kommunistischen „Klassenkampf“ nur die auch sonst gebräuchlichen und nichtssagenden Phrasen von der „ungenügenden Mobilisierungsarbeit“, „ungenügenden Konkretisierung“ usw. Von

all den Mängeln, die die KPD-Presse aufzeigt, erscheint uns das folgende Enggetandene als das wesentlichste. Der „Klassenkampf“ zeigte als Ursachen für die Versagen auf:

„Das völlige Fehlen jeder Fraktionsarbeit in den Zahlstellen des reformistischen Bergbau-Industriearbeiter-Verbandes. In den acht bis zehn Zahlstellen, die in Frage kommen, fehlen die Fraktionen. Es richte sich das linke Sektierertum, das in den Einheiten der RGO bis hinauf in die Spitze der Industrie-

gruppenleitung Bergbau noch bis zum Vorjahr zutage trat. Revolutionäre Kräfte wurden aus den reformistischen Verbänden herausgezogen und dem roten Einheitsverband, der an einem Orte, nämlich in Teuchern — weil dort der Einfluß der reformistischen Bürokratie wirklich liquidiert ist — seine Daseinsberechtigung hat, ganz schematisch zugeführt.“

In vielen Punkten wird hier etwas durch den Richtigen festgestellt. Die Niederlage ist in erster Linie das Resultat der von der KPD betriebenen Selbstisolierung in den Gewerkschaften. Das Sektierertum in der RGO hat mit dem Vorjahre leider nicht aufgehört zu existieren, sondern besteht eben in den selbständigen gewerkschaftlichen Splitterorganisationen der KPD weiter. Wenn der „Klassenkampf“ schreibt: „Die richtigen Lehren ziehen, heißt, eine wirkliche Wendung durchzuführen“, so möchten wir hinzufügen, daß diese Wendung nur in dem vollständigen Aufgeben der RGO-Politik bestehen kann.

Nürnberg-Ost Bundesfußballmeister 1932

Nürnberg-Ost Bundesfußballmeister 1932 — Cottbus 93 4:1 (3:1) geschlagen — 10 000 Zuschauer im Nürnberger Stadion

Das 13. Endspiel um die Fußballmeisterschaft des Arbeiter-Turn- und Sportbundes gehört der Geschichte an. Daß es sich würdig seinen Vorgängern anreihete, dafür gebührt Nürnberg-Ost und Cottbus 93 uneingeschränktes Lob, nicht minder aber auch dem beifallsfreudigen Nürnberger Sportpublikum. Das Spiel verlief so wie es im Arbeitersport eigentlich selbstverständlich ist: ruhig, sehr fair und doch nicht ohne Spannung, kurzum ein Werbespiel im besten Sinne des Wortes. Allerdings, und daß muß auch ausgesprochen werden, war das Spiel kein Nervenkitzel für fanatisierte Fußballanhänger, weil die Spielweise von Cottbus nicht den Einsatz aller körperlichen und geistigen Kräfte verlangte. Daß diese die sieggewohnten Nürnberger nicht zur Hergabe ihres vollen Könnens zwingen war voraussehen. Wo bleiben die Beispiele fairen Verhaltens bei ähnlichen wichtigen Treffen des bürgerlichen Sports?

Die Mannschaften wurden beim Erscheinen lebhaft begrüßt. Die Internationale wurde gespielt. Die Cottbuser erschienen bei Spielbeginn etwas schüchtern. Es hatte den Anschein, als hätten sie allzuviel Respekt vor der Spielweise der Nürnberger, während die Nürnberger ganz selbstverständlich von Anfang an zu ihrem gewohnten süddeutschen Flachfuß übergingen. Cottbus mußte zeitweise stark verteidigen. Einzelne Vorstöße ihrer Sturmmitte und vor allem ihres Rechtsaußen verliefen ergebnislos. Gegen Ende der ersten Halbzeit wurden die Kampfhandlungen lebhafter und dann fielen auch die Tore für Nürnberg. Nürnbergs Mittelstürmer, der Halbrechte und der Halblinke erzielten in fast regelmäßigen Zeitabständen die 3 Tore der ersten Halbzeit. In der zweiten Spielhälfte konnten die Cottbuser vorerst einen in greifbare Nähe gerückten Torerfolg nicht verwerten. Sie spielten zu übereifrig und waren fast am Ende ihrer Kraft. Drei Eckbälle für sie konnten sie nicht verwandeln. Dann kam Nürnberg-Ost wieder zum Zuge. Der Halbrechte stellte das 4:0-Ergebnis her. Wenige Minuten darauf geschah das Unerwartete: der Linksaußen von Cottbus schoß das Ehrentor.

Die besten Leute von Cottbus waren die

Hintermannschaft und der Rechtsaußen. Bei Nürnberg war die ganze Mannschaft tadellos.

Das württembergische Arbeiterfußballfest in Stuttgart ein voller Erfolg.

Ueber 2000 Aktive trugen auf 7 Plätzen gegen 90 Spiele aus, die alle würdig verliefen. Festmeister wurde Degerloch mit 4:3 über Hedelfingen.

Fußball: Sachsen-Tübingen 3:0 und im 2. Spiel 2:4. SAZ Sport Ausgabe A 2

Handballreismeisterschaften

Endrunde in Sachsen.

Aus dem Spiel Leipzig-Pausdorf—Eiche Plauen ging Leipzig mit 7:2 Toren als sicherer Sieger hervor. Es hat noch zu spielen Dresden-Coschütz gegen Plauen und gegen Leipzig.

Vorentscheidung im mitteldeutschen Kreis.

Um die Teilnahmeberechtigung am Endspiel um die Meisterschaft des Kreises Anhalt, Prov. Sachsen, Braunschweig, gewann Fichte-Halle gegen Vorwärts-Bernburg nach Spielverlängerung mit 9:8. Magdeburg-Fermersleben schlug Leopoldshall wider Erwarten hoch mit 11:5. Beide Sieger tragen am kommenden Sonntag das Schlusspiel aus.

Ausscheidungsspiele in Baden-Platz.

Im Protestwiederholungsspiel Lörrach—Kehl siegte Lörrach mit 15:2. Im ersten Spiel hatte es nur zu einem 4:3-Sieg gereicht. Karlsruhe Süd spielte gegen Heimbach 4:3. Außer den Siegern liegen noch im Wettbewerb Friedelsfeld und Pfedersheim.

Hannover-Halbholz nordwestdeutscher Meister.

Hannover schlug den letzten Mitbewerber Bremen-Veragack mit 11:6 (6:2). Die Verteidigungen und Läuferreihen beider Mannschaften waren gleich gut. Der Bremer Torwart sogar besser, als der von Hannover. Den Ausschlag zum Sieg gab der durchschlagkräftigere hannoversche Sturm.

VII. Görlitz wieder schlesischer Meister.

Im Wiederholungsspiel um die schlesische Meisterschaft schlug der vorjährige Titelhaber die Freie Turnerschaft Breslau mit 8:1 (4:0). Im 1. Spiel hatte Breslau mit 6:5 gewonnen. Das Spiel mußte auf Protest von Görlitz wiederholt werden. Görlitz war im Vergleich zum 1. Spiel ganz bedeutend besser, während sich Breslau auf Einzelleistungen verließ und bei der guten Görlitzer Hintermannschaft damit nicht ankommen konnte.

In Thüringen ist Jena Endspielgegner.

Die Freie Turnerschaft Jena sicherte sich die Teilnahme am Endspiel um die thüringische Meisterschaft durch einen 9:5 (5:3)-Sieg über den südthüringischen Meister Königsee. In diesem Spiel war Jena besonders in der 2. Halbzeit die bessere Mannschaft.

Aus „Christlicher Nächstenliebe“

Ausbeutung für — eine Mark Tagelohn

Von jeher hat die kapitalistische Ausbeutung die brutale und widerlichste Form angenommen, wenn sie unter christlicher Flagge seilt. Dafür liefert das groß aufgezogene Inserat eines „christlichen“ Unternehmers im Heft 14 der Zeitschrift „Die Arbeiterverwirklichung“ vom 11. Mai 1932 einen neuen Beweis. Das Inserat erhebt unter der Überschrift: „Hilferuf für die notleidenden Leinweber des Bayerischen Waldes“. Es wird zunächst geschickt, daß im Bezirk Wegscheid-Breitengrün durch die Industrialisierung die 5000 Leinweber an Handwebstühlen ihre Arbeit verloren hatten, keine Arbeitslosen- und auch keine Wohlfahrtsunterstützung bekamen. Dann aber heißt es — das muß man wörtlich genießen:

„Die Leinenfabrik Josef Nöpl in Wegscheid, die Leinweber des Bezirkes Breitengrün-Wegscheid sind miteinander zu einer allen Gliedern gleichmäßig dienenden Notgemeinschaft zusammengeschlossen. Diese Notgemeinschaft ist dadurch zu einer volkswirtschaftlich bedeutungsvollen Förderinrichtung geworden, die jeder Unterstützung wert ist. Die Wahrung der alten Zunftlehre im Zusammenhalt mit der sachmännischen Leitung leistet Gewähr für beste Erzeugnisse. Was die Ostmarkweber schaffen, ist gut und preiswert. Mag es sich um Feinleinen, um Grobbleinen für Arbeitskleider, um Handtücher, Bettdecken, Taschentücher, Tischtücher mit und ohne Musterung handeln, dafür kann Sicherheit geleistet werden, daß der Schönheit der Erzeugnisse jahrelange Haltbarkeit entspricht. Für 1 Mark im Tag arbeitend die Ostmarkweber von Herzen gern. Die Abnehmer ihrer Erzeugnisse werden von ihnen als Retter aus bitterster Not angesehen.“

Die Erteilung von Aufträgen — und mögen sie noch so bescheiden sein — ist eine Tat der christlichen Nächstenliebe, ist eine Tat für Volk und Vaterland. Preislisten versendet auf Bestellung gern die Leinenfabrik Josef Nöpl in Wegscheid (Bayer. Wald).“

Wer denkt da nicht an das erschütternde Drama von G. Hauptmann „Die Weber“? Und wieviel Profit mag diese „Notgemeinschaft“ dem „christlichen“ Unternehmer Josef Nöpl einbringen?

Straßenkämpfe in Spanien

Madrid, 23. Mai 1932

In El Ferrol haben sich am Sonntag schwere Straßenkämpfe zwischen der Polizei und Streikenden abgespielt. Die Zusammenstöße begannen damit, daß die Streikenden zahlreiche Schüsse gegen die Kaserne der Zivilgarde abgaben. Die Straßen sind menschenleer. Nur vor den Lebensmittelgeschäften stehen Käufer Schlange. Man befürchtet weitere Zusammenstöße.

In Murcia durchzogen 2000 Streikende die Straßen. Vor dem Rathaus stießen sie auf ein starkes Polizeiaufgebot. Zahlreiche Manifestanten wurden verletzt.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Herbert Duckstein, für Inserate: Johannes Hoffmann. Verlag Siebel Zeitungs-Verlagsges. m. B. Druck Georg Koenig sämtlich in Berlin O 27. Magazinstr. 15/16. „SAZ Sozialistische Arbeiterzeitung“ erscheint täglich außer Montags. Redaktion: Berlin O 27. Magazinstraße 15/16. Tel.: Kupfergraben F 7 2904. Verlag und Expedition: Berlin O 27. Magazinstr. 15/16. Tel.: Kupfergraben E 7 2903.

Staatstheater
Oper u. d. Linden
Dienstag, 24. Mai 8 Uhr
Ariadne auf Naxos
Schauspielhaus
Gendarmenmarkt
Dienstag, 24. Mai 8 Uhr
Der Liebestrank
Schillertheater
Bismarckplatz
Dienstag, 24. Mai 8 Uhr
Clavigo

Volkshöhle
Theater u. Kolloid
Friedrichstr. 94
Dienstag, 24. Mai 8 Uhr
Sturm im Wasserglas
Rose-Theater
Friedrichstr. 132
Dienstag, 24. Mai 8 Uhr
Weekend im Paradies
Gerickestraße 8, 15 Uhr
Zigeunerliebe
Werbt für die SAZ

Münz-Theater
Münzstr. 10
Tonfilm-Tageskino
Tom Keyne,
Der König der Steppe
and
Eine Nacht im Paradies
mit Anny Ondra
Lichtspiele
am Stettiner Bahnhof
Invalidenstraße 127
Tonfilm-Tageskino
Der schönste Mann im Staate
mit Siegfried Arno und Litar Karvey in
2 Herzen und 1 Schlag

PRATER
Lichtspiele
Kastanienallee 7/9
Hochbahnhof Danziger Straße
Autobus 9
des großen Erfolges wegen verlängert
2 in einem Auto
mit Magda Schneider, Richard Romanowsky, Karl Ludwig Diehl,
ein lustiger Reisefilm
Coan Crawford in
Irrwege des Lebens
3 Uhr große Jugendvorstellung
(Sonntags) 6.30 und 9 Uhr.
MILIA
Lichtspiel-Palast
Schönhauser Allee 130
Das große Doppelprogramm:
Nur 3 Tage! Nur 3 Tage!
Das Geheimnis des Sergeanten X
mit Ivan Mosjukin, Trude v. Molo, Peter Voas und
ein Tonfilm aus dem mondänen Paris
Der Zug des Herzens

Emaillewaren-Neueingänge

Satz Kochtöpfe 10-18 cm 5 Stück	2.00	Eiertiegel 22 cm	0.50
Maschinentopf (Kochtopf), 20 cm	0.90	Milchtopf mit Ausguß, Satz 10-14 cm 3 Stück	1.00
Maschinentopf (Kochtopf), 24 cm	1.00	Milchkrug 1 Liter	0.50
Schmortopf 20 cm	0.50	Milchkrug 2 Liter	0.95
Schmortopf 28 cm	1.00	Küchenschüssel weiß, 22 cm	0.25
Schmortopf 14, 16, 18 cm 3 Stück	1.00	Küchenschüssel weiß, 36 cm	0.50
Kasserolle mit 2 Griffen, 14 cm	0.25	Wassereimer grau, 28 cm	0.75
Kasserolle mit 2 Griffen, 20 cm	0.60	Wassereimer weiß, schwer, 28 cm	1.00
Bratpfanne 26 cm	0.60	Konsol mit Maß, neue gerade Form	0.85
Bratpfanne 34 cm	1.00	Kehrschaufel grau	0.35
Eiertiegel 18 cm	0.30	Nachtgeschirr weiß, 22 cm	0.50

164 Inseratenform geschüht

KAUFHAUS SCHOCKEN

Theater des Weddings
Müller, Ecke Seilerstraße
Richard Tauber
Melodie der Liebe
dazu:
Das erstklassige Beiprogramm

Elysium - Lichtspiele
Prenzlauer Allee 56
Marlene Dietrich, Anna May Wong im
Shanghai-Express
aut der Bühne
Die große Kapelle: Ruth und ihre Jazzboys

Pharus Lichtspiele
Müllerstraße 142
Richard Tauber,
„Melodie der Liebe“
mit Lien Deyers, Ida Wüst
dazu: Chari. Ander
Wenn dem Esel zu wohl ist

Kino für Jedermann
Potsdamer Str. 4, im Voxhaus am Potsdamer Platz 8. Kurl. 2333
Ab Dienstag, 24. Mai
Eine Nacht im Paradies
eine Tonfilm-Operette mit Anny Ondra, Hermann Finkler, Ralph Arthur Roberts, Marzarete Kupler
Jahreswöchentlich und das große Tonfilmprogramm.
Tendliche u. Erwerblose 1.40 M
Tagt ab 8 Uhr vorm.
nach ab 11. nachm. bis 11 nachm.
Finale Tag- u. Nacht kino Berlin

HAUS VATERLAND
KURFÜRSTENSTR. 72-80
DAS
Vergnügungs
Restaurant
Berlins
BETRIEB
KEMPINSKI

Kauft Gutscheine! Stärkt den Pressefonds!